

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 M., fürs  
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

# Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3 gespaltene Postzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Lederverwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 14 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräden-  
straße 10b .: Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 5. April 1912

**Inhalt:** Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Auf zur Agitation. — Zur Generalversammlung in München. — Christliche Arbeiterfreunde! — Gantouferenz in Leipzig. — Agitationstour in Sachsen. — Ein Wort zum Frieden. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Wahlergebnisse der Delegiertenwahlen zur Generalversammlung. — Briefkasten der Redaktion. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Adressenänderungen. — Sterbetafel. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 7. bis 13. April ist der 15. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

**Achtung! Kollegen! Achtung!**  
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

**Rothenburg i. T.** Die Arbeiterschaft der hiesigen Kinderwagenfabrikation steht im Streik und ist Zuzug streng fernzuhalten.

**Dresden.** Die Reiseeffektenarbeiter stehen in der Tarifbewegung und ist der Zuzug nach Dresden streng fernzuhalten.

**Berlin.** Die Militäreffektenattler stehen in der Lohnbewegung. Arbeitsangebote sind zurückzuweisen und der Zuzug ist fernzuhalten.

**Halle a. S.** Die Sattler der Wagenfabrik der Firma Lindner in Ammendorf haben am 20. März einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Firma sucht in der bürgerlichen Presse Nichtverbändler. Hoffentlich meiden alle anständig gesinnten Sattler den Betrieb bis zur Beilegung der Differenzen.

**Hamburg.** Die Dreibriemensattler der Firma Karl Marx haben am 23. März einmütig die Arbeit niedergelegt zwecks Durchführung der Vereinbarungen, wie sie bereits mit den vier anderen Firmen getroffen worden sind.

**Frankfurt a. M.** An dem Lohnkampf in der Frankfurter Metallindustrie sind auch unsere Sattlerkollegen aktiv beteiligt, weswegen Zuzug streng fernzuhalten ist.

**Magdeburg.** Die Firma Häfker u. Bölfker lehnte bei den Verhandlungen bezügl. Erneuerung des Tarifvertrages die 5proz. Lohnzulage ab. Streik ist wahrscheinlich. Auch die Wagenfabrik Bischoff ist gesperrt.

## Auf zur Agitation!

Seit mehreren Wochen wird unser gesamtes Verbandsleben von den Vorbereitungen zu der demnächst stattfindenden Generalversammlung in Anspruch genommen, wobei die Frage der Beitragserhöhung die Hauptrolle spielt. Wenn es auch eine alte Weisheit ist, daß zum Kriegsführen Geld, Geld und zwar nicht zu wenig Geld gehört, so ist es doch falsch, anzunehmen, die Macht einer gewerkschaftlichen Organisation beruht allein auf einer gut gefüllten Kriegskasse. Der Beitragszahler muß auch in seiner ganzen Person dem Verbandsangehörigen, d. h. seine Pflicht als Mitglied unserer Gewerkschaft darf sich nicht allein in der wirklich notwendigen Beitragsleistung erschöpfen. Agitatorische und organisatorische Mitarbeit ist ebenfalls eine unabwiesbare Verpflichtung der gesamten Kollegenschaft, deren Förderung einem jeden am Herzen liegen muß, wollen wir das uns gesteckte Ziel erreichen. Doch gerade in diesem Punkte versagen oftmals unsere Mitglieder und meinen, die freigestellten Beamten und die noch in Arbeit stehenden Funktionäre am Orte allein müßten genügen, alles zu tun, was zum Wohle der Arbeiter zu tun nötig ist. Diese Ansicht ist grundfalsch!

Ein Gemeinwesen wie die gewerkschaftliche Organisation kann nur durch stetige Mitarbeit aller Kollegen aufgebaut und erhalten werden. Nun wird gewiß nicht von jedem einzelnen Mitglied verlangt, es soll in Versammlungen große Reden halten. Es genügt schon vollst., wenn jedes Mitglied die Werkstuden- und Mitglieder- versammlungen besucht und nach bestem Können die unorganisierten Nebenkollegen über die Wichtigkeit des Sattler- und Portefeuilleverbandes als ihre berufenste Interessenvertretung aufklärt. Ist doch unser Verband nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wer wollte da wohl leugnen, daß hier nicht noch sehr viel zu tun übrig ist, wenn auch anerkannt werden muß, daß es in den letzten Jahren für einen großen Teil unserer Kollegen besser geworden ist. Zweifellos steht aber fest, wo die Kollegen den modernen Bestrebungen der Arbeiterbewegung kühl, teilnahmslos gegenüberstehen, noch fast mittelalterliche Zustände bestehen. Wir erinnern nur an den Kost- und Logiszwang mit seiner fast an Sklaverei grenzenden Abhängigkeit und überaus langen Arbeitszeit. Aber auch in kapitalistischen Großbetrieben muß noch täglich mehr als zehn Stunden bei kargem Lohn gearbeitet werden. Unter solchen Umständen leiden aber nicht nur die direkt beteiligten Berufsgenossen, nein, sie werden auch von der Konkurrenz zum wirtschaftlichen Druck gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft ausgenützt. Daher erwächst für diese die Pflicht, hinauszuweisen, aufzuklären und Mitglieder für unseren Verband zu werben. Solange aber die Kollegen sich damit begnügen,

sich jede Woche den Beitrag aus dem Hause holen oder vom Werkstattvertrauensmann abnehmen zu lassen, sonst aber sich um nichts kümmern, solange kann von ihnen keine andere Stellungnahme unserem Verbands gegenüber erwartet werden, wie sie leider in letzter Zeit zum Ausdruck gekommen ist. Es ist bedauerlich, hören zu müssen, daß unsere Verbandsleitung mit der Regierung auf gleiche Stufe gestellt wird, die es als eine ihrer höchsten Aufgaben betrachtet, das Geld aus den Taschen der Arbeiter zu ziehen, als ob der erhöhte Beitrag zur Bekämpfung von Arbeiterwünschen oder zur Verwendung für die Verbandsangestellten benutzt werden soll.

Aber nicht nur dort, wo es sich ums Zahlen handelt, bricht der Unmut eines großen Teiles der Mitglieder vulkanartig aus, auch bei Abschluß von Lohnbewegungen kommt es zu tumultartigen Szenen, wenn nicht all das auf Verhandlungswegen erreicht worden ist, was zu erreichen durchaus wünschens- und begehrenswert gewesen wäre. Beide Vorgänge haben denselben Resonanzboden, in beiden Fällen sind die Ursachen auf denselben Ausgangspunkt zurückzuführen. Nicht, daß wir die Opposition unterbinden wollen, im Gegenteil — Reibung erzeugt Wärme, und Wärme ist die Urkraft aller Lebewesen —, eine frisch-fröhliche Kritik ist notwendig, aber ebenso notwendig ist, daß sie aus dem Verständnis der Situation und Würdigung aller Begleitumstände geboren ist und jede persönliche Schärfe vermieden wird. Solche gerechte Kritik setzt aber Schulung und Disziplin voraus, die sich jeder aneignen muß und aneignen kann, wenn er die belehrenden Veranstaltungen seiner Gewerkschaft besucht und aufmerksamer Leser der Arbeiterpresse geworden ist.

Hier gilt es also einzusetzen, die Mitglieder fortgesetzt anregen und auf die Pflicht als Wahrer ihrer eigenen Interessen aufmerksam machen. Dazu eignen sich in erster Linie die Versammlungen. Mitglieder, die fleißige Versammlungsbesucher sind, sind über alles unterrichtet, sie haben Gelegenheit, zu rechter Zeit auch ihre Meinung zu sagen, Fehler hintanzuhalten und Anregungen zur Förderung der gemeinsamen Interessen zu machen. Darum sollen nicht nur die unorganisierten Arbeiter in die Versammlungen hinein, um sie zu unserer Sache zu bekehren, sondern auch die Mitglieder selbst sollen zu fleißigem Versammlungsbuch angehalten werden, damit sie durch ihre aktive Mitarbeit zu tüchtigen Vollmitgliedern werden.

Die beste Versammlungsrede kann nur bei denen zünden, die anwesend sind. Die Abwesenden werden davon nicht berührt, für sie ist die Agitation der Versammlungsrede nutzlos geleistet. Darum darf man aber nicht auf sie verzichten. Auch die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen, die zu uns nicht kommen, müssen das neue soziale Evangelium kennen lernen, und

darum heißt es für uns, sich anzufassen und zu ihnen zu gehen. Diese Taktik ist alt, und ihr Erfinder ist kein geringerer als der Stifter des Islams. „Kommt der Berg nicht zu Mohammed,“ sagte er, „so geht Mohammed zum Berg,“ und er ging hin zu den Interessierten und Widerstrebenden, um sie für seine neue Religion zu gewinnen. Diese mohammedanische Agitationsweise ist in der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr unbekannt, sie wird vielmehr seit jeher unter dem Namen Hausagitation eifrig und erfolgreich betätigt. Die Hausagitation hat sogar ihre besonderen Vorteile, indem sie Gelegenheit bietet, die soziale Lage des Arbeiters als eigener Anschauung und ohne langes Vertragen kennen zu lernen. Und da bieten sich auch die besten Anknüpfungspunkte für die Erreichung des geistlichen agitatorischen Zieles. In manchen Fällen mag der gewerkschaftliche Hausagitator gleichsam als rettender Engel kommen, um dem notleidenden Proletariat mit Rat und Tat in bedrängter Lage beizustehen und ihm zugleich die Arbeiterbewegung insofern zu machen. Sagt ja nicht unlosig der Dichter: Des Armes Heiland ist der Arme, der helfend teilt sein Stückchen Brot.

Erfahrungsgemäß hat nicht jeder agitatorische Hausbesuch den gewünschten Erfolg. Dann soll er eben wiederholt werden, entweder von dem gleichen Kollegen, oder, wenn es zweckmäßiger erscheint, von einem anderen Kollegen. Je nachdem soll der Besuch so lange wiederholt werden, bis der Kollege für uns gewonnen ist. So machen es ja auch andere Kreise, Geistliche, Unternehmer und bürgerliche Agitatoren, Versicherungsagenten, Kolporteurs usw. Jedenfalls sind schon viele Arbeiter durch die Hausagitation für die Gewerkschaft gewonnen worden.

Die mündliche Agitation soll ihre Ergänzung finden durch das gedruckte Wort. Das Verbandsorgan, Flugblätter, Broschüren und Einladungszirkulare sollen an die Unorganisierten verteilt, keine geleseene Nummer des Gewerkschaftsblattes wegwerfen, sondern dem unorganisierten Nebenarbeiter oder dem unorganisierten Kollegen zum Lesen gegeben werden. Notwendig ist, was ja eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, daß jedes Verbandsmitglied auch das von ihm mitbezahlte Verbandsorgan liest, so daß es dann auch in der Lage ist, sich über dessen Inhalt in anregender und interessierender Art mit Unorganisierten zu unterhalten. Man kann die, denen das Verbandsorgan gegeben wurde, nachher auch darüber befragen, ob sie das Blatt gelesen haben, und Proben daraufhin machen, ob es gesehen ist.

Eine wichtige Aufgabe der Ortsverwaltungen ist, für die prompte Verteilung jeder Nummer des Verbandsorgans zu sorgen, so daß jedes Mitglied so rasch wie möglich das Blatt nach seinem Erscheinen erhält. Diese prompte Arbeit ist auch nützlich für die Agitation unter den Unorganisierten.

Wenn die vorstehenden Zeilen bei unseren Mitgliedern die ihnen gebührende Beachtung finden und ein jeder sucht, die gut gemeinten Ratsschlüsse in die Tat umzusetzen, dann kann und wird der Erfolg nicht ausbleiben. Dann wird in den jetzt so bewegten Zeiten wirtschaftlicher Kämpfe die Agitation unter den Unorganisierten fortwährend wirken. Sorgt doch die Teuerung aller Lebensmittel dafür, daß das arbeitende Volk nicht zur Ruhe kommt, und die famose Ausperrungstaktik der Unternehmer reizt Arbeiter mit in die Kämpfe hinein, die durch die Gewerkschaft noch lange nicht mobil gemacht werden könnten. Die Errungenschaften der Gewerkschaft in diesen Kämpfen zugunsten der Arbeiter zeigen auch den rückständigsten Unorganisierten, daß es etwas nützt, wenn man organisiert ist und daß nachgerade jeder Arbeiter angesichts des Vorgehens der Unternehmer organisiert sein muß, wenn er nicht völlig hilflos und verlassen sein will.

Am Laufen neuer Mitstreiter und Mitkämpfer sollen unsere Reihen verstärkt und andererseits die der unorganisierten Arbeiter vermindert und geschwächt werden. Auf zur Agitation, zur Werbearbeit für den Verband der Sattler und Portefeuller!

### Zur Generalversammlung in München.

XX.

#### Lokale oder zentrale Staffelbeiträge?

Die Frage der Aufbesserung der Verbandsfinanzen durch eine Erhöhung der Beiträge ist ganz unabweislich in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Gatten wir nicht mit wirtschaftlich so zurückgebliebenen Branchen wie die Geschirrfabrikation, mit niedrigen Löhnen, wie die der Hilfsarbeiter, zu rechnen, dann wäre die Beitragsfrage leicht zu lösen. Um allen Schwierigkeiten zu begegnen, ist von verschiedenen Seiten die Einführung von Staffelbeiträgen vorgeschlagen worden. Kollege P. V., der sich mit dem Studium der Materie eingehend befaßt hat, erklärt, daß zentrale Staffelbeiträge für uns nicht durchführbar seien, wenigstens „zurzeit“ nicht.

Es kann sich dabei also nicht um technische Schwierigkeiten handeln, denn die werden wir immer haben, sondern nur um die Befürchtung, daß mit zentralen Staffelbeiträgen der Zweck, die Aufbesserung unserer Verbandsfinanzen, nicht erreicht würde. Kollege P. V. findet jedoch einen anderen Vorschlag, lokale Staffelbeiträge einzuführen, für distanzabel. Ich muß mich leider gegen diesen Vorschlag wenden. Die Einführung lokaler Staffelbeiträge würde geradezu verhängnisvoll wirken.

Alle Verwaltungsstellen, die mit rückständigen Verhältnissen zu rechnen hätten, würden sich natürlich mit einem Zuschlag von 5 Pf. begnügen. Aber gerade in diesen Orten ist die Agitationsarbeit, infolge der Zerstückelung der Betriebe, sehr löchrig. Wir würden die Kollegen also da, wo es am nötigsten ist, geradezu zwingen, die Aufklärungsarbeit einzuschränken, sie nahezu unterbinden. Der finanzielle Lokalismus der großen Zählstellen würde andererseits dadurch systematisiert werden. Während die zurückgebliebenen Orte alle möglichen Ausgaben auf die Zentralfasse abwälzen versuchen werden, die finanzielle Belastung der Zentralfasse durch sie noch wachsen wird, werden wir bald in den Lokalfassen

**Allen Mitgliedern wird es zur dringenden Pflicht gemacht, die jungen Kollegen, die jetzt die Lehre verlassen, zum Anschluß an unsern :: Verband zu bewegen! ::**

Vermögen anhäufen sehen, die das Zentralvermögen um so schneller überflügeln werden, als dieses durch die zurückgebliebenen Orte und Branchen mehr in Anspruch genommen sein wird. Man braucht sich nur der Massenverhältnisse des Sattlerverbandes zu erinnern, man braucht nur das Anwachsen der Lokalvermögen zu beobachten, um die unaussprechlichen Folgen lokaler Staffelbeiträge vorauszuweisen.

Sind aber einmal Verwaltungsstellen im Besitze von Vermögen, die es ihnen ermöglichen, Lohnkämpfe aus eigener Kraft zu führen, dann werden sie das auch tun, ganz gleich, ob dadurch eventuell ein allgemeiner Kampf herausbeschoren wird. Es ist ein ganz natürlicher Egoismus des Starken, seine Rückst auf die Schwachen zu nehmen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß Verwaltungsstellen höhere Unterhaltungsätze als Zentralfassen zahlen und doch leicht große Vermögen ansammeln können. Lokalfassen haben eben nicht mit den stultisierenden Elementen, die am meisten der Unterstützung bedürftig sind, zu rechnen. Der für Kollegen P. V. distanzable Vorschlag ist nichts anderes, als das verderbliche und gefährliche System der Lokalaufschüsse künstlich zu züchten.

Was Kollege P. V. der Einführung der zentralen Staffelbeiträge entgegenhält, hält einer eingehenden Diskussion nicht stand. Zunächst eine Vorfrage: Gibt es eine Organisation, die Staffelbeiträge eingeführt und wieder abgestafft hat? Erheben wir nicht jetzt schon drei verschiedene Beiträge, ungerichtet die Lokalaufschüsse?

Finanziell kann das Ergebnis einer Beitragserhöhung nicht beeinträchtigt werden, wenn wir den Beitrag in zurückgebliebenen Gegenden auf 50 bezw. 25 Pf. belassen, ja eventuell noch herabsetzen; in Orten, wo die Durchschnittslöhne mehr als 45 Pf. betragen, auf 60 bezw. 30 Pf. erhöhen; in Orten, wo die Durchschnittslöhne 50 Pf. übersteigen, auf 65 bezw. 30 Pf., und schließlich in Orten, wo die Durchschnittslöhne 55 Pf. übersteigen, auf 70 bezw. 35 Pf. setzen. Die Bestimmung der Beitragshöhe erfolgt durch den Vorstand, natürlich nach Befragung der Zählstellen. In Orten, wo die Durchschnittslöhne der verschiedenen Branchen stark differieren, müßten allerdings zwei oder drei Beitragstufen zugelassen werden.

Es versteht sich von selbst, daß dementsprechend die Gegenleistungen sich ändern müßten. Bei einem Beitrag von 50 bezw. 25 Pf. müßten entweder die Bezugsdauer oder die Unterhaltungsätze erhöht werden. In den zwei höchsten Beitragstufen müßte eine Erhöhung der Unterhaltungsätze eintreten.

XXI.

#### Ein Wort an die nach München delegierten Kollegen.

In Nr. 6 unseres Verbandsorgans, in dem Artikel über „Arbeitszeit und Arbeitslohn in der Sattler- und Ledermarenindustrie Deutschlands“ beklagt sich der Zentralvorstand, daß die Mitglieder die Fragebogen zwecks statistischer Erhebungen nicht so eifrig ausgefüllt haben, als er für zweckmäßig erachtet. Er gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, indem er schreibt, vielleicht schafft da die Generalversammlung in München Remedur. Sie möge eine Bestimmung in den Abschnitt V des Statuts über Rechte und Pflichten der Mitglieder einflechten, monach jedes Mitglied mit Ausschluß aus dem Verband bestraft werde, wenn es den Aufforderungen des Zentralvorstandes nicht nachkomme. Ich muß das Verlangen des Vorstandes ganz entschieden zurückweisen. Kollegen, es geht doch nicht, daß ein Mitglied, welches vielleicht schon jahrelang seine Beiträge pünktlich gezahlt hat, wegen Nichtausfüllen des Fragebogens aus dem Verband gestoßen wird. Wenn ich auch den Wert der statistischen Erhebungen anerkenne, so sind doch oft die Verhältnisse härter als wir. Dem Vorstand dürfte bekannt sein, daß in den Provinzstädten, wo die verheirateten Kollegen doch ausschließlich bei kleinen Meistern arbeiten, Arbeits- und Lohnverhältnisse herrschen, die die betreffenden Kollegen sich nicht getrauen, zu Papier zu bringen. Den Unverheirateten geht es durch den Konj- und Logenzwang noch schlechter. Meiner Ansicht nach dürfte für ein solches Vorgehen, wie das unvollständige Ausfüllen des Fragebogens, eine kleinere Strafe genügen. Ein solches vom Vorstand gestelltes Verlangen waagt sich selbst der stärksten Reaktionär nicht so offen auszusprechen. Kollegen, wir sind freie Gewerkschafter und wollen uns unser Selbstbestimmungsrecht nicht vom Vorstand litzen lassen. Unsere gewerkschaftlichen sowie politischen Forderungen gehen doch dahin, jedes Herrschersystem energisch zu bekämpfen. Sollten die Delegierten den vom Vorstand gestellten Antrag ausheben, so würden sie den Vorstehenden sozusagen zu einem kleinen Herrscher stampeln und die vom Verband ausgeschlossenen Mitglieder würden meiner Ansicht nach doch nur Düngegardisten werden, welche uns jederzeit hindernd im Wege stehen. Diejenigen aber, welche dem Zwange gehorchend, die Fragebogen ausfüllen, würden es vielleicht doch nicht wahrheitsgetreu tun, und das auf diese Art und Weise gesammelte Material wäre für den Vorstand wertlos. Um dieser Sache abzuhelfen, bin ich der Meinung, daß der Vorstand mehr als bisher in unserem Verbandsorgan Artikel bringen könnte, welche von Pflicht- und Solidaritätsgefühl und kollegialem Verhalten handeln, um so mehr bei den Kollegen auszuwirken zu wirken. Und nun noch einige Worte zur Beitragserhöhung. In Nr. 12 des Verbandsorgans schreibt der Zentralvorstand im Artikel XVII zur Generalversammlung in München, daß die Delegierten nicht ein gebundenes Mandat auf sich nehmen sollen. Auch diesen Ausführungen kann ich nicht beipflichten. Sowie mir in bezüglichen Fällen, politisch und gewerkschaftlich, bekannt ist, sollen stets die Delegierten ihre persönlichen Interessen zurückstellen und lediglich die Interessen der Allgemeinheit vertreten. Alles Debattieren und auch das Wässern der Delegierten wäre überflüssig, wollten sie nur ihrer Ansicht Ausdruck geben. Der Artikel macht auf mich den Eindruck, als sollten dadurch die Delegierten perplex gemacht werden, was aber nicht gelingen wird, denn sie müssen allein wissen, was ihnen und ihren Kollegen förderlich ist. Wenn die Zählstelle sich einen ihrer Kollegen als Delegierten wählt, der derselben Meinung ist wie die Mehrheit der Kollegen, so sind sie sicher, daß er nicht gegen seine sowie ihre Meinung stimmen kann. Der Vorstand schreibt selbst, daß nur ein Mann delegiert sein kann, der sein Tun und Lassen auch mit seinem Gewissen in Einklang bringen kann.

Sermann Claub.

XXII.

Von der Ortsverwaltung Breslau wurde auf Sonntag, den 17. März, vormitt., eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen, um hauptsächlich Stellung zu den Anträgen zur Generalversammlung zu nehmen. Der Antrag des Zentralvorstandes betr. Erhöhung der Beiträge fand hier keine Anhänger. Alle Kollegen, die zu dieser Sache sprachen, waren der Meinung, der Verband würde durch eine Beitragserhöhung mehr Schaden als Nutzen haben, denn es ist mit ziemlicher Gewißheit anzunehmen, daß uns dann viele Kollegen den Rücken lehnen würden.

und neue Mitglieder zu gewinnen würde dann wohl hier an Orte sowie wohl auch im ganzen Osten des Reiches bei den schlechten Lohnerhältnissen fast ausgeschlossen sein. Damit würde sich natürlich die Mitgliederzahl und auch die Einnahme niedriger stellen als jetzt. Allgemein war man der Ansicht, die kleinen Filialen haben von dieser Erhöhung keinen Nutzen. Denn da diese Mehreinnahmen einzig und allein dem Kampffonds dienen soll, so würden bloß die Kollegen von etlichen großen Jahrestellen Vorteil haben, die öfter einmal durch Lohnbewegungen und Vergleichen ihre wirtschaftliche Lage verbessern können, was bei den kleinen Filialen wenig und gar nicht vorkommt. Die meisten Kollegen halten den jetzt gleichen Beitrag für eine Ungerechtheit. Unsere Filiale stellt daher den Antrag auf Einführung von Staffelbeiträgen nach Lohnklassen und wurde ein Beitrag von 50, 55 oder 60 Pf. als mittlere Stufe vorgeschlagen. Der Einwand der Zentralverwaltung, eine solche Einführung wäre in unserem Berufsfeld eine Unmöglichkeit, kann nicht gelten gelassen werden. Es müssen schon Mittel und Wege gefunden werden, wenn man nicht will, daß die Mitgliederzahl in den kleinen Orten ganz bedenklich zurückgeht. Falls dieser Antrag nicht angenommen werden sollte, stellt die hiesige Zentralfiliale den Eventualantrag; die Zentralverwaltung wolle zur Einführung von Staffelbeiträgen bis zur nächsten Generalversammlung Vorarbeiten treffen. Ferner stellt die hiesige Filiale den Antrag auf Festlegung des Gaugebietes von Götting nach Breslau, da für spricht vor allen Dingen die günstigere geographische Lage von Breslau.

Verwaltungsstelle Breslau.

XXIII.

**München.** (S. 30. 3.) Unsere Filiale befaßte sich in drei Versammlungen, am 16. und 23. März, mit den aus der Mitgliedschaft gestellten Anträgen zur Generalversammlung sowie der Wahl des Delegierten zu derselben. Der Antrag: „Es sollen auch in Zukunft Schritte unternommen werden, die als Ziel den Lederindustriearbeiterverband haben“, wurde mit der Begründung angenommen, daß dadurch besonders unsere Berufskollegen auf dem flachen Lande mit uns mehr Nührung bekommen und auch sie aus ihrem Schummer gerissen werden, sie streben nach besserer, menschenwürdiger Lebensweise. Zu bestreiten ist auch nicht, daß wir im Industrieverband bedeutend an Stohkraft gewinnen. Ein Antrag zu § 6, Absatz 1, lautet: „Mitglieder, welche unter 8 Mk. wöchentlich verdienen, entrichten den Beitrag für weiblich“, wird ebenfalls angenommen. Maßgebend für den Beschluß waren in erster Linie unsere ländlichen Kollegen, bei welchen der jetzige Beitrag einen hohen Prozentsatz ihres Einkommens bildet. Um dem Mißbrauch mit eingeklebten Marken zu steuern, wurde ein Antrag zu § 6 Absatz 4 angenommen: „Die Beitragsmarken sind durch Datum, ausdrückl. Stempel oder auch Tintenstrich zu entwerfen.“ Weiter lag ein Antrag vor: „Filialen, welche mehr als 5000 Marken umfassen, 25 Proz. der Gemeinnahmen zur Verringerung der örtlichen Ausgaben zu gewähren.“ Begründet wurde dieser Antrag dadurch, daß Filialen ohne besoldete Beamte, wie gerade München, recht schwer zu kämpfen haben, ihre Ausgaben unterzubringen, wozu in Zukunft noch kommen soll, daß Lohnbewegungskosten von den Vorkassen gedeckt werden sollen. Was das bedeutet, wissen wir Münchener am besten, da wir jedes Jahr mit einer Anzahl Tarif- und Lohnbewegungen zu rechnen haben. Und zum Ueberflus will der Zentralvorstand auch noch den Vorkassenzins von 20 auf 16 1/2 Proz. herabsenken. Die Filiale München verwahrt sich entschieden gegen diese Maßnahme; wenn auch nicht 25 Proz. verlangt werden können, bei den alten 20 Proz. muß es unbedingt bleiben. Einmütig vertreten wir den Standpunkt, eine Beitragserhöhung darf nur eintreten, wenn den Filialen das Mitleid belassen wird; im anderen Fall müßte auch der Lokalbeitrag dem entsprechend erhöht werden, daß er mit der allgemeinen Beitragserhöhung eine Stufe erreicht, welche schon aus agitatorischen Gründen zu vermeiden wäre. Also, bei der geplanten Ortszählminderung können wir uns unter keinen Umständen für eine Beitragserhöhung erklären.

Ferner wurde der Antrag einstimmig angenommen: „Wann ist zu einem selbständigen Gau zu erheben“. Angenommen wurde ferner ein Antrag zu § 2, Unterabteilungen: „Bei plötzlich eintretenden Naturereignissen, starkem Frost usw., welche Leben und Gesundheit des Reisenden schädigen können, auch bei Erkrankungen ist dem reisenden Mitglied das Aufmerksamkeitsgeld so lange zu gewähren, bis die Reise ohne Gefahr fortgesetzt werden kann.“ Um den Zug der reisenden Kollegen auch in bis jetzt noch wenig berührte Punkte zu leiten, da doch auch öfters unsere Kollegen auf der Reise Gelegenheit haben, Agitation zu treiben, wurde der Antrag angenommen: „Kündigung des Streifenverzeichnis“. Die Streifen

München-Bayreuth, München-Ansbach dürfen auch direkt gehalten werden, ohne Nürnberg als Zwischenstation.“

Vorgeschlagen wurde auch die Einführung eines Verbandsalters sowie eine handliche Form der Quartalsabrechnungen. Ferner wurde beantragt, für die Mitgliedsbücher und -karten Kullerte anzuschaffen, um dieselben vor Abnutzung mehr zu schützen, da tatsächlich Exemplare existieren, welche nicht als leserliche Legitimation gelten können. Als letzter Antrag wurde einstimmig angenommen: „Verliert ein Mitglied bei Lohnänderungen oder infolge Tarifabschlus die Arbeit, so ist ihm Rahrgelungsunterstützung zu gewähren.“ Begründet wurde der Antrag dadurch, daß manche Kollegen, bei denen noch Wunsch der Ersterhaltung der Rahrgelung tatsächlich vorlag, vom Zentralvorstand abgewiesen wurden. Zum Generalversammlungsdelegierten wurde nahezu einstimmig Kollege Köll gewählt.

### Christliche Arbeiterfreunde!

Das christlichsoziale „Volk“ in Siegen schreibt im Briefkasten seiner Nummer vom 26. März 1912: „N. N. in N. Sie meinen, die Verleumdung Arbeitswilliger müßte zu einer Kriminalsache gemacht und ohne Antrag der Verleumdigen von der Staatsanwaltschaft strafrechtlich verfolgt werden. Unseres Wissens wird in besonders trassen Fällen schon jetzt öffentliche Anklage erhoben, wenn ein Arbeitswilliger durch beleidigende Redensarten belästigt wird. Die harten, aber gerechten Strafen, die jetzt im Ruhrrevier wegen Störung der öffentlichen Ordnung und wegen Mißhandlung bezw. Verleumdung von Arbeitswilligen verhängt werden, dürfen für die Zukunft abschreckend wirken.“

Die Scham hat bei diesen „Christen“ keine Stätte mehr, sie ist längst zu den Dämonen geflohen. Die Ausübung moralischen Zwanges auf Arbeitswillige dadurch, daß ihnen die Streikenden demonstriativ zeigen, wie wenig ein Arbeitswilliger Anspruch auf Achtung ausländiger Arbeiter hat, ist nicht nur durch-

**Unsere Lehrlings- und Jugendabteilung muß durch Zuführung neuer Mitglieder ständig gestärkt werden.**  
**:: Kollegen, nützt die Zeit! ::**

aus zulässig, sondern notwendig. Dieser Meinung sind nicht nur Sozialdemokraten, nicht nur freie Gewerkschaftler, sondern alle einseitigen bürgerlichen Sozialpolitiker, dieser Einsicht waren somit auch christliche Gewerkschaftler.

Briefliche Ausschreitungen bei Streiks werden ebensovienig von freien Gewerkschaftsleitungen, wie von christlichen Organisationsleitungen gebilligt, daß sie aber nicht immer zu verhindern sind, zeigen Tücher von christlichen Streiks.

Sich über die fürchterlich hohen Strafen im Ruhrgebiet zu freuen, ist eine Leitur, auf die sich die christlichen Leute im „Volk“ sicherlich nichts einbilden können. Man denke: Eine Bergarbeiterfrau ruft aus ihrem Fenster den Arbeitswilligen: Streikbrecher zu. Sie wird dafür bestraft; nicht etwa mit 10 oder 20 Mk. Geldstrafe, sondern mit 1 Monat Gefängnis! Ein Streikender soll „Dokopf“ und „Streikbrecher“ zu einigen Arbeitswilligen gesagt haben. Zu Beginn der Verhandlung vor der Dortmunder Strafkammer wollten die betreffenden zwei Prüder den Strafantrag zurücknehmen, der Staatsanwalt erklärte ihnen aber, daß sie dann die „ganzen Kosten tragen“ müßten. So beeinflusst, hielten die Zeugen dann den Strafantrag aufrecht! Der Staatsanwalt beantragte 3, das Gericht erkannte auf 4 Wochen Gefängnis! Für ein Wort also, das bis vor einigen Jahren noch gar nicht als Verleumdung galt!

In einem weiteren Fall sollte ein Streikbrecher auf Schutzleute geflohen haben. Die Beamten konnten aber selbst nicht befunden, daß die Schüsse auf sie abgegeben worden seien. Der Angeklagte gab an, daß er einmal in die Luft geschossen habe, da ihm ein anderer Mann seinen Revolver zum Kauf angeboten habe. Der Staatsanwalt ließ die Hauptanfrage fallen, er beantragte vier Wochen Haft und 50 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte so. Der Angeklagte blieb in Haft!

Eine Anklage lautete auf Nötigung, Widerstand und Verleumdung. Der Angeklagte gab an, daß er im Gegenteil die Menge aufgefordert habe, still zu sein und von der Straße zu gehen, damit die Polizei nicht hart vorgehe. Der Staatsanwalt beantragte

4 Monate Gefängnis, der Angeklagte, der ohne Verteidiger war und schlecht deutsch verstand, wünschte einen Dolmetscher, was nicht weiter beachtet wurde. Das Gericht erkannte auf 3 Monate Gefängnis.

Der Bergmann Joh. Naumerczaf aus Dombach sollte zu einigen Streikbrechern gejagt haben: „Sie kriegen auch noch was mit dem Gummischlauch.“ Zwei katholische Zeugen unterstützten die Anklage und sagten gegen den katholischen Angeklagten aus, ein gleichfalls katholischer Zeuge befandete nur eine unvergängliche Neuerung, die der Angeklagte jagte. Der Staatsanwalt sprach von „grundloser Verleumdung“ und beantragte 6 Wochen Gefängnis. Das Gericht erkannte so.

Dann nahm ein Ehepaar in der Anklagebant Platz. Die Frau sollte das Wort „Streikbrecher“ gebraucht haben. Der Mann sollte einen Streikbrecher bedroht haben. Das wurde zugegeben, es soll aber aus dem Grunde gechehen sein, weil der Arbeitswillige durch den Garten des Streikenden gekommen war, was verboten wurde. Der Staatsanwalt beantragte bei der Frau 1 Monat, bei dem Mann 4 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf drei Monate bezw. 2 Wochen. — In einer weiteren Sache hatte ein Bergmann, der noch unschlüssig war, ob er mitstreiken wollte oder nicht, Deutschland, Deutschland über alles“ gesungen, deutsch und polnisch. Er wurde wegen groben Unfugs verhaftet und dann gefesselt. Er sollte auch Widerstand verübt haben. Es gab einen Monat Gefängnis und 10 Tage Haft. — Weil er einen Arbeiter durch das Wort „Streikbrecher“ beleidigt haben sollte, erhielt der Bauer Klopst vier Wochen Gefängnis. Ein Gendarm hatte gesehen, daß der Streikende „den Mund geöffnet“ hatte!

Wir trauen niemandem die Böswilligkeit zu, an der Hand dieses Auszuges aus der Strafliste behaupten zu wollen, deutsche Gerichte üben Klassenjustiz. Aber daß die „Christlichen“ sich darüber freuen, kennzeichnet ihre Arbeiterfeindschaft zur Genüge. Rühmlich, sie sind noch schlimmer als die Gelben!

### Gaukonferenz in Leipzig.

Am 24. März lagte im Volkshaus zu Leipzig die zweite Konferenz der Verwaltungsstellen des Mitteldeutschen Gaus. Anwesend waren 28 Delegierte, die 25 Filialen vertraten; außerdem der Zentralvorsitzende Plum-Verlin.

Aus dem Geschäftsbericht, den der Gauleiter Busch gab, entnehmen wir, daß überall Fortschritte zu verzeichnen sind. Am 1. Januar 1909 zählte der Gau 1162 Mitglieder in 26 Verwaltungsstellen, am 1. Januar 1912 2170 Mitglieder in 30 Verwaltungsstellen. Obwohl die Filiale Hannover dem Gau angegliedert wurde, ist außerdem eine Zunahme von 800 Mitgliedern aufzuweisen. Eingegangen sind die Filialen Meisa, Venig, Geringswalde und Hallsenstein. Begründet wurden die Verwaltungsstellen Köthen, Erfurt, Gera-Eigersburg, Hildesheim, Ohrdruf und Wehrda. Auf dem Gebiete der Agitation gibt es noch viel zu tun. Ausgenommen die Sattler in den Klein- und Mittelstädten sind in Glauchau die Arbeiter und Arbeiterinnen der Lederwarenindustrie, in Ohrdruf der Spielwarenindustrie, in Geringswalde der Lederstuhlfabrikation und im Rhöngebirge die Reißhennmacher herausgehoben. In den Städten Apolda, Braunshweig, Köthen, Dresden, Eisenach, Eisenach, Freiberg, Halle, Hannover, Jena, Leipzig, Magdeburg, Merane und Wehrda sind über 75 Proz. der Berufsangehörigen organisiert. Schlecht stehen die Organisationsverhältnisse in Dessau, Erfurt, Plauen und Zwickau.

Die Lohnkämpfe stiegen von Jahr zu Jahr. Sie werden zahlreicher und andauernder und finden auf einer immer größer werdenden Basis statt. Die bedeutendsten Streiks waren in der Reißeffektenindustrie in Leipzig 1910 und in Zeit in der Kinderwagenbranche 1911. Beide wurden mit Erfolg beendet. Durch die Lohnbewegungen wurden eine Anzahl von Berufsangehörigen mit Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit bedacht.

Tarifverträge wurden abgeschlossen für die Ritterfähtler im Königreich Sachsen, Wagenfähtler in Leipzig, Halle und Dresden, Reißeffektenfähtler in Dresden und Leipzig, für alle Branchen in Braunshweig und einigen Betrieben in Hannover.

Die Einführung der Gefängnisarbeit bei der Firma Koeber, Treibriemenfabrik in Magdeburg, veranlaßte uns, dagegen Stellung zu nehmen. In diesem Bestreben wurden die Arbeiter unterstützt von dem Verband der Treibriemen-Industriellen. Kollege Busch bespricht dann in der Hauptsache die geplante Beitragserhöhung und bezeichnet dieselbe als eine Notwendigkeit. In längeren Ausführungen gibt er an der Hand seiner Erfahrungen der Lohnerzeugung Ausdruck, daß die Erhöhung nur dann von Wert ist, wenn eine Erhöhung der Lohnerzeugung

nicht einträte. Die Gaukonferenzen hält er für überlebt und empfiehlt Branchenkonzferenzen. Kollege Koppel begründet die von Halle gestellten Anträge, Weibhaltung der Gaukonferenzen und Wahl der besoldeten Gauleiter betreffend, während Kollege Lange in längeren Ausführungen den Antrag Eisleben, Kostendeckung der Gaukonferenz bei unmittelbaren Zahlstellen betreffend, begründet.

In längeren Ausführungen bezeichnet Kollege Blum die Beitragserhöhung als Zwang, weil unsere Organisation in sehr vielen Fällen auf Lohnkämpfe keinen Einfluß hat, sondern durch die Laktit der Teilnehmer in Mitleidenschaft gezogen wird. In nachdrücklicher Weise widerlegt er die Ansicht, daß nur die größeren Verwaltungsstellen Vorteile von einer Beitragserhöhung haben.

Alle Diskussionsredner behandeln in der Hauptsache die Beitragsfrage und Neueinteilung der Wahlbezirke. Kollege Busch betonte, daß durch die Neueinteilung der Wahlbezirke eine Benachteiligung der kleineren Zahlstellen nicht einträte. Im übrigen verteidigte er die Stellung des Zentralvorstandes zu den Generalversammlungsfragen. Nach zirka dreistündiger Aussprache kann man feststellen, daß die Mehrheit eine Erhöhung nicht wünscht, doch kommt die Ansicht zum Ausdruck, daß eine solche kommen wird. Kollege Bohle, Leiter des Gauarbeitsnachweises, bringt einige Wünsche und Anregungen zur Sprache. Eine Hebernahme des Nachweises durch den Gauleiter hält auch er nicht für praktisch. Die Konferenz wurde um 1/2 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

**Agitationstour in Sachsen.**

Der Ausfall der Reichstagswahlen drängte überall die Frage auf, ob es nicht der Situation entsprechend richtig sei, die gewerkschaftliche Agitation einer Neubelebung zu unterziehen.

Auf Anregung des Zentralvorstandes und unter Zustimmung der Gauleiter wurde eine allgemeine Agitation mit Austausch der Referenten vorgenommen. Daß die wichtigsten Aufgaben des nächsten Verbandtages in den vorgesehenen Versammlungen einer Erörterung bedürften, darüber herrschte Uebereinstimmung. Der Unterzeichner sprach am Freitag, den 1. März, vor einer gut besuchten Versammlung in

Freiberg i. S. An die beifällig aufgenommenen Ausführungen schloß sich eine Diskussion, welche sich gegen jede Beitragserhöhung erklärte. Da hier Unorganisierte nicht mehr vorhanden sind, konnten Aufnahmen nicht mehr gemacht werden.

Chemnitz wies in seiner Versammlung am Sonntag, den 2. März, einen sehr mangelhaften Besuch auf, der auch zu Beginn der Versammlung vom Vorsitzenden in gebührender Weise gerügt wurde. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier noch sehr verbesserungsbedürftig. Dieses kam in genügender Weise bei der Diskussion zum Ausdruck. Zur Erhöhung der Beiträge verhielt man sich ablehnend, doch soll nach der beschlossenen Gaukonferenz noch einmal Stellung dazu genommen werden. Zwei Aufnahmen wurden erzielt.

Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, fand in

Berndau eine lombinierte Versammlung statt. Für Zwickau, Weerane und Altenburg waren die Kollegen in stattlicher Zahl herbeigeeilt, so daß hier von einem wirklich vorbildlichen Idealismus gesprochen werden kann, wenn man in Betracht zieht, daß beispielsweise die Altenburger Kollegen annähernd 2 Mt. Fahrgeid nicht scheuten, um der Versammlung beizuwohnen. Die 14stündigen Ausführungen wurden beifällig aufgenommen und sachlich diskutiert. Zur Beitragsfrage wurde die Bemerkung gemacht, daß es vielleicht zweckentsprechender gewesen wäre, wenn der Zentralvorstand schon eher diese Touren hätte ausführen lassen, dann hätte nach den mündlichen Klarlegungen der Referenten ein größeres Verständnis bei den Kollegen geherrscht und so manche unnütze Debatte hätte vermieden werden können. Die ausgelegte Aussprache zeigte, daß man dem Delegierten zur Gaukonferenz ein ungehindertes Mandat auf den Weg gab.

Gera. Hier fanden sich Montag, den 4. März, die Kollegen ebenfalls in reichlicher Anzahl ein und gestalteten die Diskussion zu einer recht lebhaften. In der Beitragsfrage sah man schließlich die Notwendigkeit einer Erhöhung ein, wenn auch nicht in der Höhe von 10 Pf. Eine Beitragserhöhung von 5 Pf. hielt man als ausreichend. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen. Am Dienstag, den 5. März, fand eine öffentliche Versammlung in

Leipzig statt. Ueber 200 Kollegen, darunter eine Anzahl weibliche, waren zur Stelle. Der ungeteilte Beifall zeigte die Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten. In der Diskussion wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die Beibehaltung der Beitragsfrage durch die Referenten wohl nicht dem Wunsch des Zentralvorstandes entspreche, doch aber dieser Punkt nicht in eine öffent-

liche Versammlung gehöre. Die Frage wurde der nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung überwiesen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzelner Betriebe wurden unter die Lupe genommen.

Dem schließlichen Gauleiter wurde zugerufen, daß auch die schließlichen Erwerbsverhältnisse in unserem Beruf nicht la sind und teilweise an die schließlichen Unternehmerrageposten erinnern. Das Resümee der Diskussion ergab, daß auch in Leipzig noch viel zu „holzen“ ist.

Von den 84 organisierten Kollegen in Halle a. S. war nur ein kleiner Teil der Mitglieder der Versammlung am Mittwoch, den 6. März, ferngeblieben. Auch hier fehlte eine lebhaftere Diskussion ein. Trotz der erschöpfenden Aussprache, die über die Beitragsfrage stattfand, konnte man zu keinem positiven Resultat kommen. Vier Kollegen ließen sich aufnehmen.

Wenn von den gemachten Neuaufnahmen abgesehen wird, die vielleicht reichlicher ausfallen konnten, so muß der Versammlungsbesuch als ein befriedigender bezeichnet werden. Die gepflogenen Debatten wurden mit einigen Ausnahmen sachlich und ohne besondere Schärfe geführt. Hoffen und wünschen wir, daß jetzt die Generalversammlung Mittel und Wege findet, nicht nur die materiellen Interessen der Mitglieder zu fördern, sondern daß auch der Organisation das bewilligt wird, was ihr unter den heutigen Wirtschaftskämpfen nicht fehlen darf — eine gut gefüllte Krieggasse —, dazu treue und zielbewußte Kämpfer!

M. Wartsch-Görlich.

**Ein Wort zum Frieden.**

(Eingelant.)

Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß viele unserer Verbandsmitglieder die Versammlungen entweder gar nicht oder doch nur sehr selten besuchen. Das ist an sich gewiß nicht schön. Noch weniger schön ist es aber, wenn man versucht, solchen Mitgliedern, die, sei es nun aus berechtigten oder unberechtigten Gründen, den Versammlungen fernbleiben, mit Feindseligkeiten zu begegnen. Daß dies geschieht, habe ich an eigenen Leibe erfahren müssen.

Es gehört immerhin schon eine gute Portion Fanatismus oder Dummheit dazu, um so etwas fertigzubringen. Da werden scharfe Neujerungen als blutiger Ernst hingestellt. Arbeiter anderer Kategorien, die absoht mit dieser Sache nichts zu tun haben, werden aufgeschreckt und aufgehetzt, um solchen Kollegen, der aus Gründen, die nicht leicht jedem verständlich zu machen sind, etlichen Versammlungen fernbleibt, durch grundlose Beleidigungen und Sticheleien das so schon schwere Leben noch künstlich zu erschweren.

Wohin soll denn das führen? Wirgt ein solches lächerlich Beginnen nicht naturgemäß eine Zerfegung in sich? Mancher Kollege, bei dem das Verbandsinteresse diese Schmutzigkeiten nicht überwiegt, würde einfach austreten.

Laßt ihr doch austreten, sagt vielleicht dieser oder jener. Das ist aber nicht richtig! Es ist schade um jeden Kollegen, der uns auf diese Art verloren geht. Ein Streiter weniger ist ein Gegner mehr. In dieser schweren Zeit heißt es zusammenhalten, um gegen äußere Feinde gewappnet zu sein und nicht durch Kleinlichkeiten die Uneinigkeit unter den Kollegen zu fördern. Denn es ist und bleibt eine Kleinlichkeit, wenn man Kollegen deshalb gefällig anfeindet, weil sie nicht jede Versammlung besuchen.

Rügen die Mitglieder, denen dieser kleine Artikel gilt, sich denselben etwas fest einprägen und immer wieder bedenken, daß nur mit einer in sich gefestigten Kollegenschaft große Ziele zu erreichen sind.

Hamburg.

Ernst Niediger.

**Streiks und Lohnbewegungen.**

Die Berliner Militärstatter nahmen in einer außerordentlichen sehr gut besuchten Versammlung am 31. März Stellung zu dem Verlauf der Tarifvertragsverhandlungen. Kollege Kriebel berichtete, daß in 134 Affordpositionen eine Einigung erzielt worden ist, wonach die Affordlöhne durchschnittlich um 5 Proz. erhöht werden. Ebenso sollen Arbeiten desselben Gegenstandes ausschließlich Kopfbedeckung, welche in geringeren Mengen als im Betrage von 3,50 Mt. Aufschlag auf die schneefreien Stücklöhne bezahlt werden. Auch sind die Unternehmer damit einverstanden, daß Gesellen unter 45 Jahren als Heimarbeiter nicht beschäftigt werden, und daß Heimarbeiter die für die Werkstattarbeiter geltenden Stücklöhne erhalten. Neu ist: Die Affordlöhne der in den Betrieben angefertigten Spezialartikel müssen bei Einführung des Tarifes einer Revision unterzogen werden. Die Arbeitszeit beträgt höchstens 53 Stunden die Woche. Für Heberstunden ist ein Lohnzuschlag zu gewähren, und zwar für die erste Stunde 8 Pf., für die zweite Stunde 10 Pf., für die dritte Stunde und für Sonntagsarbeiten 20 Pf. pro Stunde.

Die auf Zeitlohn beschäftigten Sattler erhalten, sofern dieselben 21 Jahre alt sind, einen Mindestlohn von 55 Pf. pro Stunde. Bei Arbeitern, die durch Krankheit, Unfall oder Invalidität minderleistungsfähig geworden sind, unterliegt der Lohnsatz der freien Vereinbarung. Affordarbeiter erhalten bei Beschäftigung auf Lohn den Durchschnittslohn der letzten 3 Monate.

Bestehende bessere Arbeitsbedingungen dürfen nicht verschleffen werden. Alle Bestimmungen des Vertrages sollen für alle im Betriebe vorkommenden Arbeiten gelten.

Alle Diskussionsredner waren mit diesem Resultat durchaus unzufrieden. Unter iramischen Zurufen wurde verlangt, nochmals mit den Unternehmern zu verhandeln und bestimmte Normen für die Festsetzung von Lohnzulagen für Lohnarbeiter zu fordern. Für gleiche Arbeit muß unbedingt der gleiche Lohn gezahlt werden, insbesondere bei Artillerie- und Kavalleriearbeiten, auch wenn es sich um Auslandsbestellungen handelt. Erst wenn der Bericht der nachmaligen Verhandlungen vorliegt, soll die Entscheidung über Krieg oder Frieden im Berliner Militärergewerbe fallen.

Die Lohnbewegung der Meißnerstatter in Raffel konnte erfolgreich beendet werden, nachdem die Anbaber der Firmen A. Rade und Schüller u. Kranz sich überzeugt haben, daß die Arbeiter einmütig zustimmen. Am 23. März wurde die Arbeit niedergelegt, weil die Fabrikanten nicht verhandeln wollten. Doch gleich nach der Arbeitsniederlegung ersuchten sie die Organisationsvertreter, vortreten zu wollen und die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, da sie jetzt zu Zugeständnissen bereit seien. In zweitägigen Verhandlungen wurde ein auf 4 Jahre geltender Tarifvertrag abgeschlossen. Die Arbeitszeit beträgt 53 Stunden die Woche. Die Mindestlöhne betragen im zweiten Jahre nach der Lehre 37 Pf., im dritten 40 Pfennig, im vierten 45 und von da ab 50 Pf. die Stunde. Diese Löhne werden bei der Firma Rade am 1. Juli 1912 auf 54 1/2 Pf., am 1. Juli 1913 auf 56 und am 1. Juli 1915 auf 57 Pf. erhöht. Bei der Firma Schüller u. Kranz treten in denselben Terminen die Lohnerhöhungen auf 52 1/2, 55 bezw. 57 Pf. in Kraft. Affordarbeiter erhalten am 1. Juli 1912 und am 1. Juli 1913 je 5 Proz. Zuschlag. Bei Einführung neuer Artikel wird ein Mindestlohn von 54 Pf. in Ansatz gebracht. Bei Heberarbeit wird 15 Pf. bei Nacht- und Sonntagarbeit 25 Pf. pro Stunde Zuschlag gewährt. Aus dem Vertrage entscheidende Differenzen werden erimäßig zwischen der Firma und einem Organisationsvertreter der Arbeiter geschlichtet. Ist eine Einigung nicht zu erzielen, so wird das Gewerbegericht angerufen, ebenso bei Erneuerung des Vertrages, um so Streiks und Ausperrungen zu vermeiden.

Rotenburg a. L. In der Kinderwagenfabrik von Haag u. Gaalwiler befinden sich nebst den übrigen Branchen die Sattler im Streik. Unter den 32 streikenden Mitgliedern unseres Verbandes befinden sich 24 weibliche.

Anlaß zu dieser Bewegung war der vor drei Jahren abgeschlossene, nunmehr abgelaufene Vertrag. Damals war die Arbeitszeit im Betriebe noch elf Stunden täglich und es gelang bei gleichbleibendem Lohn die gehäufte Arbeitszeit durchzusetzen. Mittlerweile hat die Organisation sehr gute Fortschritte gemacht und die ebenem zufriedenen Arbeiter und Arbeiterinnen erkannten, daß es nunmehr an der Zeit sei, auch mehr Lohn zu verlangen. Wie bescheiden die Arbeiterschaft ist, geht schon aus den aufgestellten Forderungen hervor, die aber vom Fabrikanten rundweg abgelehnt wurden. Es wird die wöchentlich 53stündige Arbeitszeit verlangt, für Frauen 50 Stunden. An den Tagen vor den hohen Festen soll um 1 Uhr mittags Salsch sein ohne Lohnabzug. Der Mindestlohn für Männer aller Branchen soll 40, für Frauen 25 Pf. und für Ungelehrte 22 Pf. betragen. Bei Affordarbeit soll 15 Proz. über den Stundenlohn verdient werden. Ferner soll für Heberstunden 10 Pf., für Nacht- und Sonntagarbeit 20 Pf. Aufschlag bezahlt werden. Diese geringen Forderungen lehnte der Fabrikant ab und es kam daher zum Streik, dem sich drei Viertel der im Betrieb Beschäftigten angeschlossen.

Das Sächsischen Rothenburg o. d. Tauber, an der württembergischen Grenze gelegen, wird wegen seiner wundervollen Bauart im mittelalterlichen Stil alljährlich von Tausenden von Fremden besucht. Aber in diesem „Schachlöfflein“, wie es gern genannt wird, schmachtet eine Arbeiterschaft unter tieftraurigen Verhältnissen. Zwei Firmen der Kinderwagenbranche sind am Orte und während es nun in dem einen Betriebe möglich war, mittels der geschaffenen Organisation vorzugehen, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu ertingen, ist der andere Betrieb nahezu völlig indifferent. Arbeitslöhne von 17 und 25 Pf. pro Stunde sind keine Seltenheit; da sollte man glauben, daß auch der jahrelang mit den bestehenden Verhältnissen zufriedenen Arbeiterschaft

der Geduldsfaden reißen müßte. Es gebührt daher der Arbeiterschaft des streikenden Betriebes alle Anerkennung, daß sie die Bahnbrecherin für bessere Verhältnisse ist, die auch dann in den anderen Betrieben nicht ausbleiben werden. Der Kampf, der seit 14. März dauert, wird auf beiden Seiten mit aller Schärfe geführt, aber trotzdem von den Streikenden mit der größten Ruhe. Der Unternehmer schreibt zwar alle Augenblicke nach der Polizei, aber diese bekommt nichts zu tun, und es fängt dieser schon an, langweilig zu werden. Dafür arbeiten die Unternehmer nun im Betrieb selbst mit, was vielleicht kein Unglück ist, denn Arbeit ändert nicht; aber die Herren möchten es einmal probieren, bei den jetzigen Lebensmitteln- und Wohnungspreisen mit 17 oder 25 Pf. pro Stunde eine Familie zu ernähren, vielleicht würden sie sich dann auch bald den Streikenden anschließen.

Mit dem bekannten System der schwarzen Linien wird auch bereits gearbeitet, was aber keinerlei Wirkung ausübt, denn einer Reihe von Streikenden sind bereits auswärtige Stellen angeboten worden. Hoffen wir, daß die Streikenden in dem berechtigten Kampfe ausharren, damit der Starrsinn der Unternehmer gebrochen werden kann. In allen anderen Kindermagenfabrikzentren wird bedeutend mehr an Lohn gezahlt, so daß die Ausrede des Unternehmers wegen der Konkurrenz hinfällig wird. Wir erjuchen nun, Zuzug nach hier streng fernzuhalten.

In dem Streit in der Frankfurter Metallindustrie der Arbeiter der Adlerwerke vorm. S. Meyer, der Firmen Boforn u. Wittkind, Fries Sohn und Mawarth u. So. mit insgesamt circa 6000 Beschäftigten, sind nicht nur Metallarbeiter, sondern auch die in den einzelnen Werkstätten tätigen Schreiner, Sattler, Wagenbauer und Lackierer beteiligt. In den eingereichten und von den Unternehmern abgelehnten Forderungen wird verlangt: 1. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt nicht über 54 Stunden. Die Regelung der Arbeitszeit bleibt den einzelnen Betrieben überlassen mit der Maßgabe, daß dieselbe morgens nicht vor 7 Uhr beginnt und abends spätestens um 8 Uhr endet. Samstags ist die Arbeitszeit spätestens um 2 Uhr zu beenden. 2. Alle in Arbeit stehenden Arbeiter erhalten zunächst den Arbeitszeitverkürzung entsprechenden Lohnausgleich, ferner eine Lohnerhöhung von mindestens 3 Pf. pro Stunde. Die Festsetzung der Löhne erfolgt bei Eintritt in das Arbeitsverhältnis auf Grund freier Vereinbarung. Als Grundlage des Einstellungslohnes werden folgende Sätze in Vorschlag gebracht: Für gelernte Arbeiter bis zu 21 Jahren 45 Pf., über 21 Jahre 50 Pf., für angelernte Arbeiter bis zu 21 Jahren 42 Pf., über 21 Jahre 45 Pf., für Hilfsarbeiter bis zu 21 Jahren 40 Pf., über 21 Jahre 43 Pf. Für Formner und Gießereiarbeiter werden die im Jahre 1906 vereinbarten Lohnsätze um 5 Pf. pro Stunde erhöht. Die weiteren Forderungen sind untergeordneter Natur; sie beziehen sich auf Regelung der Alfordarbeit und Vergütung für Wartezeiten.

Die Firmeninhaber scheinen nun einmütig in der Sache vorgehen zu wollen, denn wie in mehreren Betriebsversammlungen mitgeteilt wurde, mühen sie den Arbeitern zu, die beiden ersten, also die Hauptforderungen, erst zurückzuziehen, bevor sie über die anderen, minderwichtigen Wünsche der Arbeiter mit den Ausschüssen verhandeln wollen. Der starke Hinweis über die brüste Ablehnung der sicher sehr bescheidenen Forderungen der Arbeiter kam insbesondere in den Massenversammlungen zum Ausdruck, die das Personal der Adlerwerke abhielt. Große Kampfesstimmung lag auf allen Gesichtern. Geschäftsführer Möller vom Metallarbeiterverband begünstete nochmals kurz die einzelnen von den Arbeitern eingereichten Forderungen. Als er mitteilte, daß die Firma erst mit dem Arbeiterschuß verhandeln wolle, wenn die Hauptpunkte zurückgezogen seien, und sogar mit einer Aussperrung gedroht habe, geriet die Versammlung in große Erregung. Mit einem tausendstimmigen Nein! wurde die Zumutung zurückgewiesen. Jubelnde Zustimmung rief die weitere Mitteilung Möllers hervor, daß sich der Verband auch selbst auf die Aussperrung eingerichtet habe. Vom Hauptvorstand seien alle Mittel hierzu bereits bewilligt worden. Die Dirsch-Dunderschen Metallarbeiter erklären sich solidarisch und wollen diesmal mit ihren Kollegen der freien Verbände gemeinsam vorgehen. Von einem Vertreter des Gewerkschafts der Deutschen Maschinenbauer und Metallarbeiter wurde dies ausdrücklich erklärt.

— Wenn der Mensch keinen Genuß mehr in der Arbeit findet und bloß arbeitet, um so schnell wie möglich zum Genuß zu gelangen, so ist es nur ein Zufall, daß er kein Verbrecher wird. — Th. Mommsen.

### Aus unserem Beruf.

Die Firma Julius Arnade in Woss bei Görlitz auf dem Kriegsspahn. „Völker Europas, macht Eure heiligsten Güter!“ sagte einst ein großer Jemand. Dieser Ruf wurde von den Kapitalisten so aufgefaßt, als sollten sie die aus dem Mehrwert der Leistungen ihrer Arbeiter entstandenen Güter gegen die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft verteidigen, welche sich „annahmt“, auch an den Kulturfortschritten teilnehmen zu wollen.

Die Firmen Arnade und Meyer in Görlitz können sich rühmen, durch beispiellose Bekämpfung des gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrechts ihren jährlichen Profit zu steigern.

Seit den Vorgängen im Jahre 1910 ist nicht viel geändert worden. Die gelernten Arbeiter haben seit dieser Zeit ganz rapid abgenommen. Sie werden bei der raffiniert eingeteilten Arbeitsmethode immer mehr durch ungelernete Arbeiter, Arbeitsfrauen und -burchen von 15-17 Jahren, ersetzt.

Da nun in letzter Zeit wieder eine lebhatte Agitation unsererseits einsetzte und Flugblätter verteilt wurden, so erschien auch sofort die Firma wieder auf dem Kriegssplan. Die alte abgebrauchte Munition wird wieder als Wurfgeschöß verwendet und findet teilweise bei dieser menschlichen Vergewaltigung der Arbeiterschaft einen Erfolg.

Weil eine kleine Gruppe der am Streik im Jahre 1910 Beteiligten nicht schnell genug in die alte Mißere zurückkam, sowie auch der Umstand, daß ein Teil im Betrieb stehen blieb, war es unmöglich, einen größeren Erfolg für die Kollegenchaft zu erzielen. In Erinnerung dürfte noch sein, daß durch einen Missetäter des damaligen Amtsvorrichters Herrn v. Wilsleben mehrere Familienäter als lästige Ausländer ausgewiesen wurden, die zum Teil ein Menschenalter in der Fabrik gearbeitet hatten, und nur den Fehler besaßen, ihrer Berufsorganisation anzugehören. Durch das Vorgehen der Organisation sind die Löhne wohl gebessert worden, stehen aber in keinem Vergleich zu den heutigen außerordentlich gesteigerten notwendigen Ausgaben. Erwähnungswert dürfte sein, daß ein sehr großer Teil der Beschäftigten mit ihren Frauen dort arbeiten und dann noch mit Hilfe von Heimarbeit bis in die Nächte hinein sich einen halbwegs auskömmlichen Lohn sichern. Es ist nun selbstverständlich, daß Görlitz mit seinen Leberwarenereignissen eine empfindliche Konkurrenz für sämtliche größeren Leberwarenfabriken Deutschlands bildet, weil letztere durchgeführte Tarife besitzen, nach denen den Arbeitern ein angemessener Lohn gezahlt wird. Noch mehr Klage muß geführt werden über die Arbeits- und Lohnverhältnisse bei der Firma Meyer, wo bei 13, 14, 15, 16 und 18 Wk. Wochenlohn noch Zulaten, wie Faden und Wachs, gekauft werden müssen. Der Fabrikant berechnete dafür wöchentlich 75 Pf., bis 120 Wk. Beide angeführte Firmen suchen nun fast jede Woche Arbeitskräfte in der bürgerlichen Presse am Orte und teilweise auch in der Provinz. Da die gelernten Kräfte nur noch aus Schlesien und auch da in unzureichender Weise eintreffen, so sucht man „gewandte Arbeiter in mittleren Jahren“ auf Sattlerarbeiten, „junge, kräftige Leute“, „Arbeitsfrauen“, „Hausarbeiter“ usw. Jeder Neuangetommene muß das Glaubensbekenntnis abgeben, „nicht organisiert“ zu sein.

Für Sonntag, den 25. Februar, war eine öffentliche Versammlung vorgesehen, in welcher Kollege Blum referierte. Da nun alle Beschäftigten der beiden Fabriken durch Flugblätter usw. eingeladen waren, so besam die Firma Arnade Wind von der Sache und ließ alle Wägen springen, um ihre getreuen Schächden von der Versammlung fernzuhalten. Da Herr Arnade sen. im Süden weilte, glaubten seine beiden Söhne, im Verein mit Meister Müller, die nötigen Gespenter zu zitieren. Die Herren äußerten, sie lesen gern mal einen Zeitungsartikel, und „das Unternehmen könnte drei Jahre stillstehen, sie hielten es aus“!

In Anbetracht der miserablen Lohnverhältnisse muß das Geschäft sehr ertragsreich gewesen sein, nur ist es zu verwundern, daß vor 2 Jahren nach Ausbruch des Streiks die Firma nicht genug „Vermehlsreißer“ besaß. Die Firma war so in Not, daß sich schon um 1/2 Uhr früh ihre Trabanten in den Wohnungen der Streikenden einfanden und diese unter „füßen“ Versprechungen bewegen wollten, wieder in den Betrieb zu kommen. Ein Teil hat ja leider dem Sirenenengelang nicht widerstanden und freut sich, noch immer 15-18 Stunden täglich für die Firma arbeiten zu können. Warum haben Sie da nicht alle übrigen ausgesperrt, Herr Arnade? Da hat sich doch die Gelegenheit, den Betrieb wenigstens ein Vierteljahr stillzulegen. Warum bekommt man vor einer Versammlungseinladung solch großen Schreck, daß man glaubt, der Feind stehe schon vor dem Tor, um den heiligen Profit mit Beschlag zu legen?

Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß uns in der fraglichen Zeit eine Anzahl Zuschritten der dort Beschäftigten zugegangen sind, die nicht nur ihre Sympathie mit der Organisation ausdrücken,

sondern auch unsere Angaben noch bedeutend ergänzen.

So mußten am Sonnabend von der Versammlung die Arbeiterausgangsmittel einzeln ins Monteur kommen, wo ihnen nahegelegt wurde, mit allen Mitteln eine weitere Agitation zu verhindern! Durch die verschiedenen „Ober- und Untermeister“ wurde den Leuten gesagt: „In die Versammlung könnt Ihr Sonntag gehen, wenn es aber rauskommt, wer dort war, dem wird Montag sofort gefündigt!“ Ein Verbandsmitglied mußte unter Androhung der Entlassung das Versprechen abgeben, die schriftliche Austrittserklärung mitzubringen. Da auch dessen Vater dort beschäftigt ist, so hielt man auch diesem das Damoklesschwert über den Kopf, so daß eril recht der Sohn Erder parieren mußte.

Herr Paul Arnade leistete sich bei den „Untersuchungen“ einige recht abgebrauchte „solle Unternehmerramellen“ gegen den Gauleiter des Verbandes: „Derselbe habe, wenn er früh aufstände, sein Geld verdient. Selbiger müßte immer was unternehmen, wenn er auf seinem Posten bleiben wolle.“ und ähnlichen Anläufe. Wir wollen auf diesem Wege Herrn Arnade auch etwas erwidern, zumal die Herren erklärten, sie lesen gern mal einen Zeitungsartikel. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Arnade sind seit Jahren minimal im Vergleich zu den üblich gezahlten Arbeitslöhnen in der Leberwareindustrie. Seit 10 Jahren hätte schon eine Lohnaufbesserung eintreten müssen. Wenn jedem dort beschäftigten Arbeiter nur 1 Pf. die Stunde zugelegt worden wäre, so ergibt das eine Ausgabe, nach der Zahl der beschäftigten Profitmacher, für die Firma in Höhe von über 120 000 Mk. Diese Summe, um ein Schulbeispiel anzuführen, ist den Fabrikanten vom bloßen Lohn in die Tasche geflossen, mit der Rechnung, daß der einzelne nur 1 Pf. die Stunde mehr verdient hätte. Also, meine Herren Arnade, lassen Sie mich weiter von den Arbeitergöttern leben, denn ich erachte das als das kleinere Verbrechen an meinen Mitmenschen! Zählen Sie sich weiter zu denjenigen, welche jahraus, jahrein aus dem Mehrwert der übermäßig geleisteten Arbeit ihrer Leute reich geworden sind. Ihr Kapital ist nichts als aufgekaupte Arbeitskraft. Daß die sogenannten „Geber“ für Sie ein Grauel sind, hört uns nicht. Sie werden es aber nicht hindern können, daß der Zug der Zeit immer noch mehr Gewerkschaftsführer verlangt, und daß unsere Nachkommen allenfalls das Bild eines Kommerzienrats und ähnlicher Parvenüs im Museum bewundern werden. — Damit dürften nun unsere gegenseitigen Personalbetrounungen erledigt sein. Daß die Firma in die Versammlung, wo Kollege Blum referierte, mehrere Spindel sandte, braucht nicht erst besonders betont zu werden. Diese Leute, deren Treiben man gewöhnlich als „Lumperei“ bezeichnet, haben ihr Zubehör mit aufgeführt und auch einige Sünder entdeckt, die am Montag darauf entlassen resp. veranlaßt wurden, den Verband zu meiden.

In einer Zuschrift wurden wir gebeten, in der „Volkszeitung“ und in der „Sattlerzeitung“ mitzuteilen, daß die Löhne seit dem Streik in keiner Weise gebessert worden sind. Die Alfordlöhne sind von einigen Artikeln gekürzt worden und auf andere Stücke wurde etwas zugelegt. Die Stundenlöhne sind seit Oktober 1911 um einen (!) Pfennig erhöht worden. Unsere Gewährsmänner werfen bei der Organisationsfeindschaft der Firma Arnade die Frage auf: wie sich Herr Arnade stellen würde, wenn er von den Arbeitern aufgefordert würde, aus dem „Arbeitsgeberverband für Niederschlesien“ auszutreten?

Wir überlassen es nun unseren Kollegen im Reich, sich ein Urteil über die Zustände in diesen Betrieben zu bilden. Ten im Betriebe stehenden, wie allen uns noch fernstehenden Kollegen rufen wir zu: Hinweg mit der Furchtsamkeit und Unentschlossenheit! In Massen hinein in die Organisation! Ihr seht, wie das böse Gewissen der Unternehmer jetzt schon schüttelt. Seid Ihr alle im Verband, dann kann auch die Firma Arnade nicht alle mahregeln!

„Ihr habt die Macht in Händen, wenn Ihr nur einig seid!“

Görlitz. A. Bartsch, Gauleiter.

Sein vierzigjähriges Arbeitsjubiläum bei der Firma R. Vorhardski & H. Vertin konnte am 1. April unser Kollege, der Wappensarbeiter Albert Higgeler begehen. Die Werkstatkollegen und die Firma hatten es sich nicht nehmen lassen, seinen Arbeitsplatz mit Blumen zu schmücken und neben den Glückwünschen ihn noch reich zu beschenken. Wir schließen uns den Gratulanten an; handelt es sich doch hier um einen braven Verbandskollegen, Mitgründer und dauerndes Mitglied des Portefeullerverbandes. Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jubeltage in voller Rüstigkeit zu begehen.

Auch ein Jubiläum. Denksaule und urteilslos Leser der bürgerlichen Klatsch- und Tratschpresse erhalten in ihrem Leiborgan jeden Morgen zum Frühstück den Abdruck eines Klischees irgendeines Pot-

fallen, Mauthörers oder sonst würdigen Mitgliedes der heutigen Gesellschaft ferniert. Aber nicht jeder Tag bringt porträtfähige Ereignisse, so daß die Verleger zugezwungen sind, wollen sie den Anforderungen ihrer Abonnenten nachkommen, ihren Wächzettel mit anderen Bildern zu schmücken. Diesen Umstände ist es zuzuschreiben, wenn der „Magdeburger Zentralanzeiger“ in seiner Ausgabe vom 15. März ev. einem tiefgefühlten Reducimus nachkommend, das Bildnis eines Sattlergehilfen bringt, welcher, man lese und laune, 25 Jahre ununterbrochen bei der Firma Thiele u. Günther in Magdeburg als Vorrichter gearbeitet hat. Das genannte Blatt hat vollständig recht, wenn es gerade dieses Jubiläum ganz besonders lobend erwähnt. Denn aus dem Text erfahren wir, daß der Gefeierte durch Fleiß, Treue und außerordentliche Geschäftigkeit es bis zum Vorrichter gebracht hat. Auch fühlte sich die Firma veranlaßt, ihm ein ansehnliches Geldgeschenk zu überreichen. Wir fühlen uns verpflichtet, diesem noch eine kleine Ergänzung anzuhängen. Wie die Firma ihre Leute einrichtet, kann man daraus erkennen, daß der Vorrichter vor Jahresfrist einen Stundenlohn von 37 Pf. bekam. Nur durch den Druck unseres Verbandes wurde sie veranlaßt, den horrenden Lohn um 3 Pf. zu erhöhen. Es muß auch noch hinzugefügt werden, wenn der Kollege sich nicht alles bieten lassen, namentlich vom Meister Wäcker, dann hätte er schon längst einen Faust bekommen und wäre nie in der Lage gewesen, sein 25jähriges Jubiläum zu feiern; trotzdem er der Firma bei allen Differenzen, welche wir mit ihr hatten, treu zur Seite stand.

Die **Erkrankungskasse der Sattler Berlins** zählte laut des soeben erschienenen Jahresberichts 3541 männliche und 966 weibliche Mitglieder. Der Durchschnitt fiel bei den Männern um 41, liegt bei den Frauen um 49, ein Beweis, daß die Arbeit der Männer durch die Frauen immer mehr und mehr zurückgedrängt wird. Während im Jahre 1901 noch 89 Prozent der Mitglieder Männer und nur 11 Prozent Frauen waren, betrug die Zahl 1911 schon 78 bzw. 22 Prozent. Die Einnahmen aus den Beiträgen liegen von 41,91 Mk. auf 41,96 Mk. oder um 5 Pf. pro Jahr und Mitglied, dagegen die Ausgaben von 36,02 auf 39,02 Mk., also rund um 3 Mk. Die mit Erwerbsunfähigkeit verbundenen Krankheitsfälle fielen bei den Männern um 8, liegen bei den Frauen um 61. Im Durchschnitt erkrankten zwei Drittel der Männer und die Hälfte der Frauen. Die Durchschnittsdauer eines jeden Krankheitsfalles betrug bei den erkrankten 25,36 bei den Frauen 25,93 Tage. Verstorben sind 47 männliche und 10 weibliche Mitglieder. Die häufigste Todesursache ist die Lungen- tuberkulose. Es verstarben an Krankheiten der Atmungsorgane 22 männliche und 7 weibliche, Nieren- und Blasenleiden 6, Magen- und Darmleiden 4, Schlaganfall 4, Muddarm und Leberleiden je 2, Verdenleiden 1, Gefäßstöße 1, Verletzungen ein männliches Mitglied, Zuckerkrankheit ein männliches und ein weibliches Mitglied und Lupus ein männliches und ein weibliches Mitglied. Erstorben haben sich zwei männliche Mitglieder, ein 16jähriges Mädchen hat durch Ertrinken seinem Leben ein Ende bereitet.

**Aus Industrie und Handel.**

Die **Reisengewinne der Linde-Wasmanwerte**. Es ist bekannt, daß die Preßlauer Wagenfabriken von vorw. Linde und Gebr. Wasmann in den letzten Jahren ungeheure Gewinne abwarfen und die Herren Aktionäre mühevoll sehr hohe Dividenden einstecken konnten. Die beiden Fabriken schwammen geradezu im Gelde und verschmolzen sich in den letzten Monaten zu einem mächtigen Werke, um noch bessere Geschäfte zu machen.

Wie jetzt berichtet wird, haben die Linde-Wasmanwerte auch im letzten Jahre 1911 Millionen herausgewirtschaftet. Der Bruttogewinn beträgt 4 690 293 Mk. gegen 4 792 371 Mk. im Jahre 1910. Der Reingewinn beläuft sich auf 2 165 501 Mk. (im Vorjahre: 1 119 317 Mk.) und soll wie folgt verwendet werden: Tantiemen des Aufsichtsrats und Vorstandes 277 485 (141 883) Mk., 4 1/2 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien 148 500 Mk. wie im Vorjahre, 35 Prozent Dividende (im Vorjahre: 25 Prozent): 1 155 000 (826 000) Mk. Für den Erwerb der Gründerrechte wurden 578 100 Mk. aufgewendet, und als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 6716 (3954) Mk.

Was fällt nun dabei für die Tausende von Arbeitern ab, die jahraus, jahrein in diesem Werte an der Arbeit sind? Wie liberal, so gehen auch hier die Schaffenden so gut wie leer aus. In dem großen Betriebe gibt es immer noch Hilfsarbeiter mit Stundenlöhnen von 30 bis 32 Pf. und gelehrte Arbeiter bekommen zum Teil 35 Pf. für die Stunde. In den Jahren 1909 und 1910 kam es vor, daß Gehilfen mit einem Wochenverdienst von 9 und 8 Mt. nach Hause gehen mußten. Die Arbeiter werden scharenweise entlassen, selbst jahrelang beschäftigte Leute. Im September 1911 ist es nach vielem Drängen gelungen, eine Lohnerhöhung von 2-3 Pf. für die Stunde

durchzusetzen; aber sie wurde erst bewilligt, als der Streik vor der Tür stand. Die Direktion erklärte einfach, nicht mehr geben zu können, da die Preise sehr gedrückt seien.

Was an diesem Gerede wahr ist, das zeigt jetzt der Reingewinn von mehr als 2 Millionen Mark und die Dividende von 35 Prozent. Die Arbeiter, die unter der anhaltenden Teuerung mit ihren Frauen und Kindern fürchtbar zu leiden haben, werden sich das merken und zur rechten Zeit der Gesellschaft sagen, was recht und billig ist. Bis dahin freilich muß auch der letzte Mann hinein in die gewerkschaftlichen Verbände, denn solchen gewaltigen Unternehmen gegenüber kann nur die umfassendste und kräftigste Organisation der Arbeiter etwas ausrichten.

Die **Handelskammer zu Essen** berichtet für 1911, daß in der Herstellung von technischen Lederwaren, Reit- und Jagdschulden, Reife- und Militärreifen der Geschäftsgang ein normaler war. Die Löhne wurden um etwa 5 Prozent erhöht, gute Facharbeiter waren sehr gesucht.

Die **Lederriemenfabrikation im Bezirk der Handelskammer Chemnitz** hat im verfloßenen Jahre trotz erhöhten Aufwandes einen geringeren Nutzen gebracht. Die Preise, die infolge der Teuerung des Rohmaterials und der erhöhten Arbeitslöhne hätten steigen müssen, wurden durch das Vorgehen der Konkurrenz niedrig gehalten. Die deutsche Lederriemenfabrikation muß, so berichtet die Chemnitzer Handelskammer, ihr Rohmaterial teuer bezahlen, da die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Lederindustrie durch hohe Schutzzölle geschützt ist, die guten inländischen Güter aufkaufen. Die Arbeitsverhältnisse waren befriedigend, Mangel an Arbeitskräften machte sich nicht fühlbar. Die Löhne sind geblieben. Die Zahlungsweise war normal.

Der **Lederhandel**. Auf dem Sattlerledermarkt bewegte sich das Geschäft in regulärem Umfange. Es werden zwar keine besonders umfangreichen Transaktionen gemacht, immerhin kommt jedoch ein durchaus gesunder Bedarf zum Ausdruck. Geschäftlicher Erreuen sich regen Interesses seitens der Käufer, sowohl in schwarzer und brauner als auch in farbiger Ware. Niemenleder erfreuen sich auch durchaus guter Nachfrage, und zwar ist hierin nach wie vor für schwere gute Fabrikate am meisten Interesse vorhanden. In Hautledern sind ebenfalls reguläre Quantitäten aus dem Markte gegangen. Für Postkarleer hält das Interesse der Käufer ungeschwächt an. Auch Wagenhändler erfreuen sich durchaus guter Nachfrage. Dasselbe gilt auch von Automobilhohletten und von Portefeuilleledern. In Möbelledern besteht auch durchaus angenehme Frage, und zwar sind nach wie vor amite Richtungen bevorzugt.

**Korrespondenzen.**

**Bremen.** (E. 25. 3.) In einer am 13. März tagenden außerordentlichen Mitgliederversammlung referierte Kollege Weinschild über das Thema: „Die Lage unserer Berufsgenossen und wie verbessern wir dieselbe?“ Referent führte uns in kurzen Worten die letzten Kämpfe unserer Organisation vor Augen und vertrat die Meinung, daß es nun Zeit sei, die wirtschaftliche Lage unserer Kollegen zu fördern. Er hält es für ganz besonders notwendig, bei bevorstehenden Kämpfen u. a. die Arbeitszeitverkürzung ins Auge zu fassen. An der Hand von Statistiken weist er nach, daß bei verkürzter Arbeitszeit eine Steigerung des Lohnes erzielt werden ist, während andererseits bei längerer Arbeitszeit niedere Lohnsätze bestehen. In seiner Hauptaufgabe beschäftigte sich der Redner allerdings mit der Beitragserhöhung. Hier schilderte er die Kassenverhältnisse unseres Verbandes und begründete somit durch unabweisbare Tatsachen, daß sich eine finanzielle Aufbesserung des Kampffonds notwendig mache, um größere Kämpfe führen zu können.

In der Diskussion wandte sich Kollege Wendler gegen die Beitragserhöhung, da eine Erhöhung der Unterhaltungsätze nicht vorgegeben ist. Es wird deshalb immer schwerer, die Agitation in den kleineren Filialen sowie im Gau zu fördern, da die Lohnverhältnisse solche hohe Ausgaben nicht zu decken vermögen, infolgedessen eine Beitragserhöhung noch hemmender wirken muß. Immerhin läme eine Erhöhung des Beitrages den größeren Industrieorten eher zunutze, dies wird uns der große Kampf der Kleinfabrikanten noch lehren, weil dann eine Anzahl kleiner Filialen darunter zu leiden hat. Eine Koitprobe haben wir ja schon bei unserer letzten Lohnbewegung im Jahre 1910 sowie jetzt bei der 50prozentigen Lohnerhöhung für Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bremer Karosserie- und Wagenwerken bekommen, wo der Zentralvorstand eine zurückhaltende Stellung einnahm.

Bereits in der Versammlung machte ich den Kollegen Wendler aufmerksam, daß er sich mit seiner Annahme, der Zentralvorstand habe bezüglich der

Bewegung zur Erringung des 50prozentigen Zuschlages für Nacht- und Sonntagsarbeit eine zurückhaltende Stellung eingenommen, im Actum befindet. Vor mir liegt nun der Briefwechsel, welcher dies bestätigt. Am 20. Februar d. J. schreibt Kollege Wendler wörtlich: „In einer Werktribunensitzung voriger Woche haben wir an die Direktion der Bremer Karosserie- und Wagenwerke ein Schreiben geschickt zwecks besserer Regelung der Nebenarbeiten. Da es in diesem Betriebe üblich ist, fast durchwegs Nebenstunden gemacht werden und dieselben nur mit 25 Prozent entschädigt werden, haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß es unbedingt an der Zeit sei, eine bessere Bezahlung zu erreichen.“ Hier ist also mit keiner Silbe von Nacht- und Sonntagsarbeit die Rede, sondern schlechthin von Nebenstunden. Demzufolge konnte die Antwort des Zentralvorstandes auch nur so ausfallen, daß 25 Prozent Zuschlag für Nebenstunden allgemein üblich ist und in nur in seltenen Fällen eine höhere Entschädigung anzutreffen. (F. Med.)

Es sprachen sich verschiedene Redner noch für und gegen die Beitragserhöhung aus. Es ergab sich schließlich noch, daß die Mehrheit die Stärkung unseres Kassenfonds anerkannte, jedoch war man der Meinung, daß eine Beitragserhöhung von 5 Pf. dies schon ausgleichen würde.

Es wurde ferner unseren Delegierten die Vollmacht erteilt, danach zu handeln, wie es sich aus der Diskussion der Generalversammlung ergeben möge, um eine Beitragserhöhung im Sinne unserer Filiale zumutlich abhängig zu machen.

**Karlruhe.** (E. 23. 3.) Donnerstag, den 7. März, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, in welcher Gauleiter Schneider aus Köln referierte. Zur Beitragserhöhung meinte er, eine erhebliche Zunahme an Mitgliedern hat unsere Organisation in den letzten Jahren zu verzeichnen, namentlich nach Annahme des 45-Pf.-Beitrages. Die bevorstehende Beitragserhöhung wird der Organisation keinerlei Nachteile bringen. Die Kollegen sind der Ansicht, daß die Reisen der Beamten nur deshalb unternommen wurden, um die Mitglieder für den Antrag des Zentralvorstandes zu gewinnen, um die Beitragserhöhung leichter durchzudrücken. Bei einer Beitragserhöhung rechnet man im Allgemeinen auf eine Verbesserung der Unterhaltungsätze, welche aber im Antrag des Zentralvorstandes nicht vorgesehen ist. Kollege Ag aus Stuttgart sprach sich für die Beitragserhöhung und deren Zweck aus. Am Schluß der Versammlung wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, in welcher sich die Mehrzahl der Kollegen für die Beitragserhöhung bereit erklärte.

**Magdeburg.** (E. 25. 3.) In der Versammlung am 16. März hielt Kollege Wum einen Vortrag über: „Wie besser wird die Verhältnisse der Magdeburger Sattler?“ Der Referent wies auf die großen Aufgaben unseres Verbandes hin, die noch dringend der Lösung harzten. Zum Schluß stellte Kollege Wum eine Beitragserhöhung als unumgänglich notwendig hin. In der folgenden Diskussion sprachen sich alle Redner gegen die geplante Beitragserhöhung aus. Ein später eingehender Antrag, eventuell Staffelleistungen einzuführen, fand Zustimmung. Den ausgescherten Porzellanarbeitern wurden 30 Mt. bewilligt.

(Anmerkung des Berichterstatters: Ich bin der Ansicht, hätte der Zentralvorstand mit Einführung von Staffelleistungen, wie selbige doch mit so großem Erfolge beim Bauarbeiter-, Bäcker- und Konditorenverband eingeführt sind, aufgewartet, so wäre dies wohl auch hier in Magdeburg mit Vorteil begriffet worden; mit der geplanten Beitragserhöhung können wir uns aber absetzen nicht besprechen. Karl Wehrend.)

**Essenbach a. M.** Am Dienstag, den 19. März, beschäftigte sich eine von circa 150 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung mit den Aufgaben des nächsten Verbandstages in München. Als Referent war Kollege Ag aus Stuttgart erschienen. Vor Eintritt in die Tagesordnung beschäftigte man sich noch nahezu eine Stunde mit dem Ergebnis der Delegiertenwahl zur Münchener Generalversammlung und der sich notwendig gemachten Stichwahl zwischen den beiden Ortsbeamten Wurm und Krüger. Nachdem drei Fünftel der Mitglieder sich durch die erste Wahl gegen eine Delegation der Beamten nach München entschieden hatten, lehnten sowohl Wurm als auch Krüger es ab, in der Stichwahl zu kandidieren und legten ihre Kandidatur nieder. Von den zunächst Höchstbestimmten lebte Kollege Wolter die Kandidatur gleichfalls ab, so daß nun die Kollegen Pfl. Heiberger und D. Grafan zur Stichwahl stehen. Nach Erhebung dieser Angelegenheit nahm dann Kollege Ag das Wort und drehte sich circa eine Stunde lang über die von der Münchener Generalversammlung zu erledigenden Aufgaben und über die Notwendigkeit der vom Zentralvorstand vorgeschlagenen Beitragserhöhung. Die Diskussion war eine sehr lebhaft, war jedoch durchweg scharf gegen jede

Vertragserhöhung gerichtet. Von gebundenen Mandaten nahm man trotzdem Abstand.

Das Referat des Kollegen Hof über das Hausarbeitsgesetz wurde auf eine der nächsten Versammlungen zurückgestellt.

Eine weitere Mitgliederversammlung am Montag, den 25. März, wies wieder leider nur 30 Besucher auf. Die Anträge des Zentralvorstandes zur Münchener Generalversammlung wurden einer eingehenden Beratung unterzogen. Keine Anträge unsererseits wurden nicht mehr gestellt.

Leipzig. (S. 1. 4.) In der Mitgliederversammlung am 30. März fanden hier die Wahlen der Delegierten zur Generalversammlung statt. Während die Wahl vor sich ging, gab Kollege Steiner den Bericht von der Konferenz. In der Debatte wurde von einigen Kollegen nur das ergänzt, was der Berichtsfasser vergessen hatte. Gewählt wurden die Kollegen Berger und Steiner.

Ebertshausen. (S. 1. 4.) Sonntag, den 17. März, sprachen in einer gut besuchten Mitgliederversammlung die Gauleiter Kollegen Jlg und Hof über die Aufgaben der Münchener Generalversammlung. Kollege Jlg hatte es übernommen, die vom Zentralvorstand in Vorschlag gebrachte Vertragserhöhung zu begründen. Referent suchte in einflussreicher Ausführung den Nachweis zu erbringen, daß der Antrag betreffs Vertragserhöhung berechtigt sei. In der Diskussion sprachen sich jedoch sämtliche Redner gegen die Erhöhung aus, mit der Begründung, daß diese zu der Fortentwicklung des Verbandes nur zum Schaden, aber nicht zum Nutzen gereichen könne. Sodann wollte Gauleiter Hof sein Referat betreffs Primärarbeiterentschutz beginnen, erklärte aber, in einer der nächsten Versammlungen darin seine Schuldigkeit zu tun. Alsdann erhielt Kollege Jlg das Schlusswort, mit dem er reichen Beifall erntete.

Solingen. (S. 27. 3.) Die Mitgliederversammlung am 21. März sprach sich nach Erledigung der Delegiertenwahl gegen jede Vertragserhöhung aus.

Aus anderen Organisationen.

Das vergangene Jahr hat den freien Gewerkschaften eine durchaus beachtenswerte Stärkung der Mitgliederzahl gebracht. So beläuft sich die Zunahme des Holzarbeiterverbandes auf 17 708 Mitglieder. Am Jahresabschluss wurden 182 750, darunter 6349 weibliche, gemeldet. Von den gezahlten Beiträgen sind 4 020 572 M. für Unterstützungen den Mitgliedern wieder zugeflossen, und zwar an Unterstützung auf der Reise 121 736 M., Arbeitslosenunterstützung 986 041 M., Streikunterstützung 2 659 615 M., Krankenunterstützung 853 973 M., Vermögensunterstützung 80 616 M., Sterbeunterstützung 63 125 M., Zugangsunterstützung 48 043 M., Notfallunterstützung 64 815 M. und für Reichsbeitrag 22 498 M. Am Jahresabschluss verfügte der Verband über ein Gesamtvermögen von 5 086 582 M. Durch Lohnbewegungen wurde für 44 819 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung um zusammen 85 491 Stunden oder durchschnittlich 1,9 Stunden pro Woche und für 51 987 Kollegen eine Lohnerschöpfung von zusammen 113 706 M. oder durchschnittlich 2,19 M. wöchentlich erreicht. Der Verband der Tapezierer hatte einen Zuwachs von 9362 auf 9723 Mitglieder. Er veranlagte an Unterstützungen für Arbeitslose 65 169 M., Reisende 6835 M., Kranke 10 808 M. und für Streikende 72 183 M. Die Gesamteinnahmen betragen 265 985 M., die Ausgaben 261 059 M., der Kassenbestand 150 312 M. Der Verband der Zimmerer zählte am Jahresabschluss 59 258 Mitglieder in 759 Verwaltungsstellen, das bedeutet gegen 1910 ein Mehr von 3925 Mitgliedern. Trotz der Vertragserhöhung hatte der Metallarbeiterverband eine gewaltige Zunahme. Seine Mitgliederzahl stieg um 51 129, und zwar von 464 016 auf 515 145. Die Aufgabe des Verbandsorgans bezieht sich auf 540 000 Exemplare. 9 723 203 M. wurden für Unterstützungen verausgabt. Das Vermögen des Hauptkassen vermehrte sich um 2 247 909 M. und beträgt 6 960 420 M. Die Gesamtmitgliederzahl des Verbandes der Lötzer betrug am Schlusse des Jahres 12 176. Der Gemeindegewerkschaftsverband kann eine Zunahme von 8114 Mitgliedern aufweisen, denn in 188 Filialen wurden am 31. Dezember 1911 47 876 Mitglieder gezählt. Die Deutsche Pöttcher-Zeitung, Organ des Zentralverbandes der Pöttcher, Weinstüfer und Hilfsarbeiter, konnte am 1. April d. J. den 25. Geburtstag ihres Erscheinens befeiern. Gleichzeitig feierte Genosse Holtmann sein 25jähriges Nebasterrjubiläum an diesem Gewerkschaftsblatt.

Im Schneidergewerbe scheint eine völlige Einigung noch als ausgeschlossen zu gelten. In den Frankfurter Verhandlungen wurden drei Vorschläge von den Arbeitervertretern abgelehnt und erst der vierte, von Herrn Dr. Hiller gemachte, angenommen.

Danach sollen die bestehenden Lohn Differenzen einem aus drei Unparteiischen bestehenden Spruchkollegium (Dr. Hiller-Frankfurt a. M., Dr. Premer-München und Magisterrat v. Schulz-Berlin) unterbreitet werden. Die Lohnerböhrungen dürfen nicht unter 5 Proz. betragen, wo mehr gefordert wird, muß das unparteiische Kollegium endgültig entscheiden. Die Arbeitnehmer der einzelnen Orte haben zu diesen Vorschlägen bereits Stellung genommen und wie in München und Berlin abgelehnt. Die Gärtner Deutschlands nehmen wie alljährlich auch in diesem Frühling Gelegenheit, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzubessern. In verschiedenen Orten ist es bereits zu Vereinbarungen gekommen, so in Berlin, Köln, Groß-Lichterfeld, Wedel, Mitten, Waiblingen und an anderen Orten. Der Streit im Rugau-Teichs-näher Mochlenreiter nimmt immer noch zu. Die Vegerierung unter den Streitenden und der ersten Wille, im Kampfe auszuweichen, kam in allen Versammlungen, die stark besucht waren, zum Ausdruck.

Rundschau.

Der Reichstag ist am 28. März in die Ferien gegangen, nachdem er die zweite Beratung des Etats bis zur Erledigung der Position „Reichsdruckerei“ gefördert hatte. Zu besondern festigen Zusammenhängen war es wieder bei den Beratungen des Postetats gekommen. Dem bedeutungsvollen Verkehrswesen steht der Staatssekretär Kräfte vor, das in ein Bureaukräfte, wie er zopfiger gar nicht ausgedacht werden kann. Dabei hat der Mann einen Kopf, der einer etwas zu groß geratenen Willkürselbst so ähnlich sieht, wie ein Ei dem anderen. Den schwersten Schlag, den der Reichstag dem Nachfolger Voddieskis verriechen konnte, verfehlte er ihm; er irrte mit 183 gegen 122 Stimmen die sogenannte Chimärenzulage. Diese Zulage wird bezahlt für die Postanstellungen in den polnischen Landesteilen, damit sie doch „germanisieren“ helfen. Ganz glatt heraus wurde diesmal dieser Fonds als Korruptionssondens bezeichnet, und zwar von dem sozialdemokratischen Abg. Wendel. Bureaukräfte heulte wie ein Lebrhabe, der von dem Gesellen angeschaut wird, weil die Krähenschwärze immer kleiner wird. Aber es half ihm alles nichts — die Korruptionsgelder fallen weg. Da die Sozialdemokraten nun die Beamten nicht schlechter stellen wollen als sie ohnedies gestellt sind, wollen sie bei der dritten Lesung beantragen, daß man alle n Unterbeamten Zulagen bezug. Aufbesserungen genehrt. Bei den Beratungen der Staatspost und der Reichsdruckerei zeigten sich die „Christen“ wieder in prächtiger Beleuchtung — die Giesherts, Weder und Behrens. Der Weder gefiel sich besonders in der Rolle des Demagoganten, indem er unausgesetzt schmahte von den Mitgliedern des sozialdemokratischen Runddruckerverbandes in der Reichsdruckerei! Der Wiedermann wurde sogar von dem Direktor der Reichsdruckerei Nischenborn abgeschüttelt. Das Haus aber hallte wider von den Rufsen: Denunziant! — Am 16. April wird die Beratung fortgesetzt bei dem Titel: Reichseisenbahnen.

Der diesjährige Frauentag. Wie im Vorjahre, so soll auch diesmal wieder an einem Sonntag in Deutschland und auch in einigen anderen Ländern in Versammlungen die Forderung auf Gewährung des Frauenwahlrechts erneut erhoben werden. Als Tag für diese Demonstration ist der 12. Mai festgesetzt worden.

Es wird notwendig sein, daß die Gewerkschaftsmitglieder auch in diesem Jahre rechtzeitig durch geeignete Propaganda mit dazu beitragen, einen Massenbesuch der Versammlungen, namentlich durch Frauen und Mädchen, zustande zu bringen. Nur dadurch kann die Forderung wirksam unterstützt und ihr ein entsprechender Nachdruck verliehen werden. Die verschiedenen Vorkommnisse des täglichen Lebens zeigen uns immer wieder, wofür großes Interesse gerade die erwerbstätigen weiblichen Personen, wie überhaupt die Angehörigen der Arbeiterklasse, an der besseren Gestaltung des Wahlrechts im allgemeinen und an der Gewährung des Frauenwahlrechts haben. Sind doch auch die Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten durch die staatsrechtlich minderwertige Stellung der Frau im öffentlichen Leben von der Wahrnehmung ihrer Interessen in den wirtschaftlichen Sondergerichten ausgeschlossen. Keine Arbeiterin oder Arbeiterfrau darf deshalb am 12. Mai den Versammlungen fernbleiben, handelt es sich doch darum, durch energischen Protest gegen die geltenden Gesetzesvorschriften deren Beseitigung und dadurch Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse anzustreben.

Die Arbeitgeber rufen! In Breslau ist ein Bund der Breslauer Arbeitgeberverbände und Innungen im Amtszimmer der Fleischrentnung gegründet worden. Wie gemeldet wird, trägt der neue

Verband den Namen „Bund der vereinigten Arbeitgeberverbände zu Breslau“ und beschränkt sich grundsätzlich nicht nur auf das Handwerk, sondern gedenkt eine Tätigkeit auch auf industrielle Arbeitgeberverbände auszuüben. Der Verband wird Ende April eine Bundesversammlung abhalten, in der alles Nähere beraten werden wird. Eine Anzahl von Verbänden und Innungen hat sofort ihren Beitritt erklärt, der Anschluß einer Reihe anderer Korporationen ist in Aussicht gestellt. Die Arbeiter können aus diesen Bemühungen der Unternehmer erleben, wie notwendig es ist, daß sie alle ihren Verbänden beitreten.

Sieg der freien Gewerkschaften bei den Gewerkegerichtsahlen in Mülhausen i. G. Bei der Wahl der Gewerkegerichtsbeisitzer liegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 4030 Stimmen gegen 1831 Stimmen der christlichen Gewerkschaft. Die freien Gewerkschaften gewannen gegenüber der letzten Wahl von 1909 610 Stimmen, die Christlichen verloren 379 Stimmen.

Wahlresultate der Delegiertenwahlen zur Generalversammlung

der Wahlfreie, die aus mehreren Verwaltungsstellen zusammengefaßt sind.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Dietrich, Königsberg (58 Stimmen), Lappan, Steffin (58), Walter, Götlich (42). Total 158 Stimmen.

Notwendige Stimmengahl 80. Stichwahl zwischen Dietrich und Lappan.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Wendler, Bremen (64 Stimmen), Krüger, Kiel (41), Guldner, Hamburg (38). Total 143 Stimmen.

Notwendige Stimmengahl 72. Stichwahl zwischen Wendler und Krüger.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Runge, Braunschweig (37 Stimmen), Kunz, Brandenburg (28), Grubbe, Brandenburg (26), Titrich, Potsdam (21). Total 112 Stimmen.

Notwendige Stimmengahl 57. Stichwahl zwischen Runge und Kunz.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Neudorf, Breslau (35 Stimmen), Willich, Liegnitz (6). Gewählt: Neudorf.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Kühn, Magdeburg (100 Stimmen), Kappel, Halle (85), Klemenz, Dessau (6), Straub, Halle (6). Total 197 Stimmen.

Notwendige Stimmengahl 99. Gewählt: Kühn.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Zimmermann, Chemnitz (85 Stimmen), Pöttcher, Zeitz (43). Gewählt: Zimmermann.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Schwabe, Meerane (108 Stimmen), Eckard, Erlangen (60). Gewählt: Schwabe.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Thilo, Jena (64 Stimmen), Dönneke, Mülhausen (126). Gewählt: Dönneke.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Schmidt, Gannover (27 Stimmen), Pieper, Hildesheim (10). Gewählt: Schmidt.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Schlingmann, Bielefeld (104 Stimmen), Birdorf, Kassel (100). Gewählt: Schlingmann.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Includes Berger, Essen (44 Stimmen), Lamblich, Elberfeld (34), Stalinski, Mülheim (29), Anger, Elberfeld (8), Berweiss, Hagen (7), Leupelt, Elberfeld (6), Nübiger, Elberfeld (4), Rindgen, Elberfeld (1), Hofader, Elberfeld (1). Total 137 Stimmen.

Notwendige Stimmengahl 69. Stichwahl zwischen Berger und Lamblich.

**XVI. Wahlkreis.**

Unger, Köln	54 Stimmen
Jorzig, Düsseldorf	20
Specht, Aachen	18
Christmann, Solingen	7
<b>Zusammen</b>	<b>97 Stimmen</b>

Notwendige Stimmenzahl 49. Gewählt: Unger.

**XXI. Wahlkreis.**

Schneider, Bielefeld	48 Stimmen
<b>Gewählt:</b> Schneider.	

**XXII. Wahlkreis.**

G. Wilhelm, Heusenstamm	105 Stimmen
Rombberger, Neu-Henrichsburg	101
<b>Gewählt:</b> Wilhelm.	

**XXIII. Wahlkreis.**

Jahn, Mülheim	49 Stimmen
Fraun	00
<b>Gewählt:</b> Jahn.	

**XXIV. Wahlkreis.**

Winter H, Oberlshausen	129 Stimmen
Paul, Dauten	112
<b>Gewählt:</b> Winter.	

**XXV. Wahlkreis.**

Jain, Straßburg	67 Stimmen
Hartung, Heilbronn	52
Wittke, Mannheim	49
Emig, Kaiserlautern	42
<b>Zusammen</b>	<b>210 Stimmen</b>

Notwendige Stimmenzahl 106. Stichwahl zwischen Jain und Hartung.

**XXVII. Wahlkreis.**

Müller, Neutlingen	56 Stimmen
Deufel, Ulm	29
Horn, Augsburg	9
<b>Zusammen</b>	<b>94 Stimmen</b>

Notwendige Stimmenzahl 48. Gewählt: Müller.

**Bisher sind gewählt:**

- 3. Wahlkreis: Otto Kimmel-Samburg.
- 5. Wahlkreis: Ernst Schulze, R. Fränkel, Wilh. Wänig, F. Daug, E. Gähler, J. Hoffmann, H. Voh, F. Langer, A. Sahn, C. Langenische, H. Starke-Berlin.
- 6. Wahlkreis: R. Neudorf-Breslau.
- 8. Wahlkreis: C. Kühn-Magdeburg.
- 9. Wahlkreis: C. Berger, C. Steiner-Leipzig.
- 10. Wahlkreis: W. Zimmermann-Gemnis.
- 11. Wahlkreis: H. Schwabe-Mecklen.
- 12. Wahlkreis: F. Dönneke-Mühlhausen.
- 13. Wahlkreis: W. Schmidt-Hannover.
- 14. Wahlkreis: F. Schlingmann-Bielefeld.
- 16. Wahlkreis: H. Unger-Köln.
- 17. Wahlkreis: W. Rommel, J. Schurek-Frankfurt.
- 18. Wahlkreis: J. Seip, D. Schulz-Erfurt.
- 19. Wahlkreis: A. Eifig, F. Hornstein, G. Jung, C. Wazemigt, G. Orth, A. Scheffel, W. Berger-Lfienbach.
- 20. Wahlkreis: C. Roder-Bielefeld.
- 21. Wahlkreis: J. Schneider-Bielefeld.
- 22. Wahlkreis: G. Wilhelm-Heusenstamm.
- 23. Wahlkreis: J. Jahn-Mülheim a. M.
- 24. Wahlkreis: H. Winter H-Oberlshausen.
- 26. Wahlkreis: G. Schindler, W. Keller-Stuttgart.
- 27. Wahlkreis: J. Müller-Neutlingen.
- 28. Wahlkreis: J. Müll-München.

**Stichwahlen haben also stattgefunden:**

- 1. Wahlkreis: Zwischen Dietrich-Königsberg und Lappan-Stettin.
- 2. Wahlkreis: Zwischen Wendler-Bremen und Krüger-Kiel.
- 4. Wahlkreis: Zwischen Klinge-Braunschweig und Kunz-Brandenburg.
- 15. Wahlkreis: Zwischen Berger-Essen und Lambrich-Eberfeld.
- 25. Wahlkreis: Zwischen Jain-Straßburg und Hartung-Heilbronn.

Die Stichwahlen haben in der Zeit vom 10. bis 21. April stattgefunden und sind die Resultate sofort nach der Wahl einzufenden.

Der Zentralvorstand.  
F. A. F. Blum.

**Briefkasten der Redaktion.**

F. S. L. 1. Weil ich den Bericht hätte völlig umschreiben müssen und wegen der unklaren Abfassung Gefahr lief, fälschlicherweise Änderungen vorzunehmen. 2. Wer seine eigene Meinung veröffentlicht haben will, muß auch das Risiko der Namensnennung auf sich nehmen.

**Bekanntmachung des Zentralvorstandes.**

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin wurde das Mitglied Julius Breuer, Buch-Nr. 181, wegen Verstoßes gegen die Verbandsinteressen ausgeschlossen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Erfurt wurde der Sattler Wilhelm Härvolf, Kartennummer 19117, wegen Verstoßes gegen den § 4 Abs. 2 a und b unseres Statuts aus dem Verband ausgeschlossen.

Das Mitglied Karl Tuchen wird erjudet, sein Mitgliedsbuch Nr. 13832, an die Hauptverwaltung einzufenden.

**Adressenänderungen.**

- München.** Der Arbeitsnachweis befindet sich Restaurant „Lampgarten“, Jägerstr. 14, nächst dem Edeonsplatz. Geöffnet abends von 1/2 7-1/2 8 Uhr, an Samstagen von 1/2 8-1/2 9 Uhr.
- Hau Hamburg.** Gauleiter E. Guldner, Falkenried 12 I.
- Hildesheim.** V. Max Pieper, Braunschweiger Straße 99 II.
- Düsseldorf.** R. U. Christian Gläzer, Langenstraße 33 III. 12 1/2-1 1/2 und 7-8 Uhr.

**Sterbetafel.**

- Berlin.** Am 23. März verstarb der Koffermacher Max Jorzig im Alter von 44 Jahren.
  - Görlitz.** Am 3. März verstarb im Alter von 40 Jahren unser Mitglied August Lubwig an Lungenleiden.
  - München.** Im Alter von 48 Jahren verstarb unser Mitglied der Militärattler Karl Lubwig.
  - Frankfurt a. M.** Am 24. März starb unser Mitglied Anton Dreiß im Alter von 45 Jahren.
- Ehre ihrem Andenken!**

**Verfammlungskalender.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegenheiten, die bis zum Redaktionsschluss bei uns eintreffen.)

- Aachen.** Sonntag, den 14. April, vormittags 11 Uhr, Ecke Johanner- und Paulusstraße.
- Aachen.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zitau“.
- Berlin.** Treibriemenbranche, Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, in „Schulz Brachthale“, Rängstr. 17, Eingang Königsgraben.
- Bremerhaven.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Bayerischer Hof“, Langestr. 18.
- Brandenburg a. S.** Mittwoch, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Gesellschaftszimmer.
- Dortmund.** Samstag, den 13. April, abends 9 Uhr, „Germania-Halle“, Nordstr. 1.
- Düsseldorf.** Samstag, den 13. April, abends 9 Uhr, „Bupperthaler Hof“, Kafenenstr. 65.
- Görlitz.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“, Langenstraße.
- Halle a. S.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Volkspart“.
- Heilbronn.** Samstag, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
- Kiel.** Dienstag, den 9. April, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Jägerstr. 24.
- Königsberg i. Pr.** Dienstag, den 9. April, abends 8 1/2 Uhr, „Reisenkrug“, Krödenstr. 4.
- Magdeburg.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Burghalle“, Tischlerkrugstr. 28.
- Mannheim.** Samstag, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, J. 4. 8.
- Mühlhausen i. Th.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser Wilhelm“.
- München.** Die Versammlungen finden wieder regelmäßig alle 14 Tage, Samstag abends 8 Uhr, im „Lampgarten“, Jägerstr. 14, statt.
- Chemnitz.** Montag, den 8. April, abends 8 1/2 Uhr, „Alter Schützenhof“.
- Stuttgart.** Samstag, den 13. April, abends 8 Uhr, „Gewerkschaftshaus“, Schlingenstr. 17.
- Widau.** Sonnabend, den 13. April, abends 8 1/2 Uhr, „Goldener Becher“, Innere Leipzigerstraße.

**Anzeigen**

**Zentral-Brankenkasse der Sattler, Portefeuller u. Berufsgenossen Deutschlands, E. G. 64 zu Berlin.**

**Quartalversammlungen.**

Bremen, Montag, den 15. April, abends 1/2 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Faulenstr. 58-60.

**Tüchtige Sattler**

auf große Rohr- und Vulkanfibre-Wägel-Koffer für dauernde Beschäftigung sofort gesucht. Nur wirklich geübte Sattler wollen sich unter Angabe bisheriger Tätigkeit melden bei

**C. Lohmann, Superba-Werke, Bielefeld.**

Wir suchen per sofort mehrere tüchtige

**Wagenfattler**  
(Garnierer)

für dauernde Beschäftigung, bei gutem Lohn.

**Ludw. Kathe & Sohn, Karosseriewerke, Halle a. S., Diemitz.**

**Perfekte Sattelmacher**

sowie eingearbeitete Geptiten auf Offizier-Reitzzeuge, Packtaschen usw. stellt ein

**Gustav Reinhardt, Berlin, Marktgrafenstr. 70.**

Suchen sofort oder später einige

**Sattler**

auf Koffer und Reizeartikel bei dauernder Arbeit.

**Gebrüder Jörgen, Plauen i. Vogtland.**

**100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-**

bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Amdurmsaffen, Bombardgeschäften usw. aufkaufe. Ferner liefere ich:

100 Stück beste 7 Pfg.-Zigarren für 3.50 Mk., 100 Stück beste 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück beste 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück beste 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk., 100 Stück beste 15 Pfg.-Zigarren für 7.50 Mk., 100 Stück beste 20 Pfg.-Zigarren für 10 Mk.

Sie werden hier zu besonders niedrigen Preisen angeboten. - Nichtbenutztes nehmen unentgeltlich zurück. - Versand nicht unter 100 Stück. - Es gelten die Bedingungen des C. Lohmann-Werkes in Bielefeld. - Bestellungen an: C. Lohmann, Superba-Werke, Bielefeld.